

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 2,20 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die hochgehaltene Koloniel-
zeile über deren Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Inserate

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Freitag, den 17. Dezember 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Die Bulgaren an der griechischen Grenze.

Das amerikanische Kapital und der Weltmarkt.

New York, 24. November. (Eig. Ber.)

Während sich die Völker Europas zerfleischen, schickt sich das Großkapital der Vereinigten Staaten an, ihnen ihre Märkte wegzunehmen. Die Sache ist kein Problem mehr, dessen Lösung von unsicheren Faktoren abhängt.

Der Ueberfluß an Geldkapital hat nun die Hauptrolle des amerikanischen Kapitals bewogen, die Felder zu beackern, die das europäische Kapital infolge des Krieges hat brach liegen lassen müssen. Eine große Gesellschaft, die American International Corporation, ist mit einem Kapital von 50 Mill. Dollar gegründet worden, um namentlich Rußland, Südamerika und China wirtschaftlich auszubeuten.

Ein Zweck der American International Corporation ist, gut bekannte Papiere ausländischer Regierungen direkt an das Publikum zu verkaufen. Wahrscheinlich will man den Versuch machen, den großen unterkauften Teil der letzten englisch-französischen Anleihe in dieser Weise an den Mann zu bringen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 16. Dezember 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Lebhafte Artilleriekämpfe und rege Fliegeraktivität auf dem größten Teile der Front.

Bei Bailly wurden zwei kleine Postierungen auf dem Südufer der Aisne nachts von den Franzosen überfallen. Leutnant Immelmann brachte gestern über Valenciennes das siebente feindliche Flugzeug, einen englischen Eindecker, im Luftkampf zum Absturz.

Der vorgestrige Fliegerangriff auf Rülheim (Baden) soll nach französischer Darstellung als Ziel die dortigen Bahnhofsanlagen gehabt haben. In deren Nähe ist aber keine der geworfenen Bomben gefallen, dagegen wurde in der Stadt ein Bürger getötet, ein anderer verletzt. Der rein militärische Schaden beschränkt sich auf die Zerstörung einiger Fensterscheiben im Lazarett.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Russische Abteilungen, die nördlich des Dryswjatj-Sees bis in unsere Stellungen vorgedrungen waren, wurden durch Gegenangriff zurückgeworfen. In der Gegend der Berefina-Mündung brach ein Vorstoß des Feindes im Feuer unserer Infanterie zusammen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Die Lage ist unverändert. - Nachts kam es zu kleinen Patronenfeuerzusammenstößen.

Heeresgruppe des Generals v. Linngen.
Bei Berefianj scheiterte ein feindlicher Angriff. Ein russisches Flugzeug mußte östlich von Luel im Bereich der österreichisch-ungarischen Truppen landen.

Balkankriegsschauplatz.
Die Kämpfe in Nordmazedonien wurden mit Erfolg fortgesetzt. Die österreichisch-ungarischen Truppen stehen nahe vor Bijelopolje.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 16. Dezember. (W. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 16. Dezember 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.
Im Gebiete des Kormin-Baches wies die Armee des Erzherzogs Joseph Ferdinand einen russischen Vorstoß ab. Südwestlich von Olyta wurde ein feindlicher Flieger zum Landen gezwungen und gefangen.

Italienischer Kriegsschauplatz.
An der Tiroler und an der Isonzo-Front fanden einzelne Gefechtskämpfe statt. Im Iltischer Becken bemächtigten sich unsere Truppen durch Ueberfall einer italienischen Vorstellung.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Unsere Truppen waren gestern den Feind auch südöstlich von Slibaci in die Tara-Schlucht hinab. Andere österreichisch-ungarische Kolonnen gewannen unter heftigen Kämpfen die Höhen unmittelbar nördlich von Bijelopolje und das Gelände haben Wege zwischen Rozaj und Berane.

Westlich von Ipel hat der Gegner den Rückzug gegen Plan und Gufuse angetreten. Die Zahl der gestern mitgeteilten Gefangenen erhöhte sich auf neunhundert Mann.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Ossefer, Feldmarschalleutnant.

Gründer des Unternehmens, die hier wohl zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen wollen.

Da man sich gewaltige Profite verspricht, ist dafür gesorgt, daß die Hauptrolle des amerikanischen Finanzkapitals nicht zu kurz kommen. Das ganze Kapital von 50 Millionen Dollar, von dessen baldige Vermehrung man schon spricht, ist schon gezeichnet. Die Hälfte bleibt in den Händen der Aktienbesitzer der National City Bank, deren Direktion daher den Ausschlag gibt.

Million Gründeraktien herausgegeben worden. Diese Gründeraktien sind unter die Leiter des Unternehmens verteilt worden und erhalten 20 Proz. vom Gewinn, nachdem 7 Proz. auf das gesamte Aktienkapital verteilt worden sind.

Es heißt, daß man einen Anfang mit den großen Plänen in Südamerika machen will. Die Entwidlung des südlichen Kontinents ist durch den europäischen Krieg ins Stocken gebracht worden, weil das europäische Kapital ausbleibt. Man will vor allen Dingen versuchen, in London und Paris südamerikanische Effekten aufzukaufen, um sich die wirtschaftliche Macht zu sichern.

Das sind noch ungelegte Eier, wird man in Europa sagen, aber Tatsache ist, daß die amerikanischen Kapitalisten von allen Seiten Aufforderungen erhalten, zur Entwicklung fremder Länder beizutragen.

Der bulgarische Kriegsbericht.
Sofia, 15. Dezember. (W. L. B.) Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur. Die amtliche Mitteilung über die Operationen am 14. Dezember lautet: Die Engländer und die Franzosen sind auf griechisches Gebiet zurückgeworfen.

Schaffung einer neutralen Zone.
Sofia, 15. Dezember. (W. L. B.) Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur. Nachdem die bulgarischen Armeen durch die Einnahme von Monastir und Resna in die Nähe der griechischen Grenze gelangt waren, machte die bulgarische Regierung, von dem Wunsche geleitet, jede Möglichkeit von Zwischenfällen zwischen den Vorposten der bulgarischen Armeen und den griechischen Grenztruppen auszuschalten.

Geschlichtete Meinungsverschiedenheiten über die Saloniki-Expedition.
Bern, 15. Dezember. (W. L. B.) Zur Geschichte der englisch-französischen Verständigung über die Fortsetzung der Balkanexpedition läßt sich „Secolo“ von seinem Pariser Berichterstatter folgendes melden: In Begleit der Ausfischung der Verbandstruppen in Saloniki ärgerte England infolge des griechischen Protestes, während Frankreich selbst die Gefahr einer Ministerkrise auf sich nahm und alle seine Truppen landete.

kontingente aus. Ein französisch-englisches Zusammengehen erschien jedoch wegen der Bedenken Richters wenig sicher. Nach den Reisen Richters und Dengs Cochins, auf denen beide in ihrer Abneigung gegen das Vorkriegsregiment bekräftigt wurden, teilte die englische Regierung am 8. Dezember der Pariser Regierung ihren Entschluß mit, ihre Truppen von Saloniki zurückzuziehen und anderweitig für die Verteidigung Ägyptens Maßnahmen zu treffen. Die französische Regierung wies auf alle Gefahren hin, die aus einer Aufgabe Salonikis, besonders für die französische Balkanpolitik, entstehen könnten. Daraufhin traten am 4. Dezember englische Minister, unter ihnen auch Asquith, mit französischen Ministern, darunter Briand, zusammen, bei deren Beratungen jedoch kein verbindlicher Ausweg gefunden werden konnte. Am 5. Dezember fand in Paris ein Kriegsrat der Alliierten statt. Gleichzeitig traf in London ein französischer Minister ein. Der Kriegsrat erklärte bereits in der ersten Sitzung, daß eine Aufgabe der Balkanexpedition militärisch einen unheilbaren Fehler bilden würde. Ebenso fand der französische Minister in London viele englische Kollegen, die seiner Anschauung beipflichteten. Daraufhin verlangte die französische Regierung, unterstützt von Italien und Rußland, in London von neuem die Fortsetzung der Expedition, so daß schließlich am 9. Dezember Asquith, Grey und Richter nach Paris gingen, persönlich mit Tilton verhandelten und sich alsdann mit Briand, Joffre und Gallieni u. a. berieten. Bei diesen letzten Besprechungen wurde endlich eine Verständigung über Saloniki und den Orient erreicht.

Paris, 16. Dezember. (W. L. W.) Nach einer Meldung des „Temps“ aus Saloniki haben sich bei der Anwendung der Maßnahmen zur Befestigung Salonikis, über die zwischen Griechenland und den Verbündeten eine Einigung erzielt worden war, neuerdings einige Schwierigkeiten untergeordneter Art ergeben. — Der „Temps“ gibt in einer längeren Besprechung seinem Anwalt über eine Interpellation des Abgeordneten Simyan Ausdruck, der der Kammer Entwürfe über das schändliche Ansehen bei den Heereslieferungen gemacht hat.

Englische Kritik an der Entente-Kriegsführung.

London, 16. Dezember. (W. L. W.) Unter der Überschrift „Kriegsstrategie“ schreibt Sidney Low in der „Daily Mail“: Die britischen Armeen sind wieder mit Bewegungen beschäftigt, mit denen wir seit August 1914 schmerzlich vertraut worden sind: sie gehen in Serbien und Mesopotamien „auf eine neue Frontlinie“ zurück. Der Krieg besteht im wesentlichen aus diesen strategischen Rückzügen. Wir senden unzureichende Truppen aus, die durch die überwältigende Mehrzahl des Feindes oder schwierige Bodenbeschaffenheiten zum Stehen gebracht werden. Sie kämpfen mit glänzendem Mute, gewinnen ein bis zwei Erfolge und ziehen sich danach zurück. So ist es bei Mons, bei Antwerpen, in Serbien, auf Gallipoli und in Mesopotamien geschehen. Wir begannen den Krieg damit, daß wir zwei Armeekorps nach Belgien schickten; sie kamen zu spät und sahen sich einem überlegenen Feind gegenüber. Ihr Rückzug war großartig, aber unheilvoll. Die britische reguläre Armee erhielt einen Schlag, von dem sie sich nie erholt hat. Unsere einzigen ausgebildeten Truppen verloren eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Offizieren und Mannschaften und viel Kriegsmaterial. Unsere beste Kriegsmaschine erlitt gleich am Anfang eine schwere Verletzung.

In dem Artikel werden weiter die Unternehmen auf Gallipoli, in Serbien und in Mesopotamien erörtert, und es heißt dann: Ist das Strategie oder vernünftige Politik? Können wir erwarten, durch eine Reihe von unnützen Vorstößen, die mit Rückzug enden, den Krieg zu gewinnen? Können wir diese andauernden Verluste an

Männern und Geld, denen kein militärisches Ergebnis entspricht, aushalten? Wir reden von einem Erschöpfungskriege, aber wir werden die Erschöpfung stärker empfinden als der Feind, wenn dieses System fortgesetzt wird.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 16. Dezember. (W. L. W.) Amtlicher Bericht vom Mittwoch nachmittag. Die Nacht war verhältnismäßig ruhig. Handgranatentämpfe im Artois, im Abschnitt von Roelincourt und bei dem Chantelet-Gebirge, zwischen Dole und Aisne. Unsere großen Bomben brachten ein deutsches Munitionslager nördlich von Puisseigne, in der Gegend von Tracy-le-Val zur Explosion. In den Vogesen bei Van-de-Sapt richteten unsere Batterien ihr Feuer gegen feindliche Arbeitergruppen, welche die durch unsere geistreiche Beschädigung zerstörten Schützengräben wieder herzustellen versuchten. Neben den gestern gemeldeten Luftbeschädigungen durch unsere Flieger unternahmen unsere Flieger am 14. Dezember zahlreiche Jagdsflüge. Eins unserer Flugzeuge griff über Schlettstadt im Elsass ein feindliches Flugzeug an, das die Flucht ergriff. Zwei andere hatten im Artois ein Gefecht über den feindlichen Linien gegen drei Albatrossflugzeuge, von denen eins zum Landen gezwungen wurde. Eins unserer Flugzeuggeschwader beschoß im Zusammenwirken mit britischen Flugzeugen den deutschen Flugplatz Herbilly im Departement Somme.

Paris, 16. Dezember. (W. L. W.) Amtlicher Bericht vom Mittwoch abend. Die übliche Kanonade auf verschiedenen Punkten der Front, die ziemlich lebhaft im Artois und zwischen Somme und Dole war. In der Gegend von St. Nizel haben unsere Abwehrgeschütze auf ein feindliches Flugzeug geschossen. Ein Flugzeug, das von unseren Geschossen getroffen wurde, mußte in den deutschen Linien landen. Bei Van-de-Sapt zerstreute unsere Artillerie eine Kolonne von ungefähr vierhundert Mann, die im Nordosten von La Fontenelle die Stellung wechselte. Unsere Flugzeuge haben sich weiterhin tätig gezeigt. So hat eine Gruppe von dreizehn französischen Flugzeugen das Flugfeld von Gabsheim bei Blüthenhausen mit Bomben belegt. Granaten von 155,90 und 120 Millimeter, die auf die Flugzeughallen geworfen wurden, haben fünfzehn feindliche Flugzeuge getroffen, die sich dort im Augenblick des Bombardements befanden. Nur fünf konnten sich in die Luft erheben und haben erfolglos versucht, auf unser Geschwader Jagd zu machen.

Belgischer Bericht. Der Tag war ziemlich ruhig auf dem Teil unserer Front nördlich von Dignuiden. Südlich von dieser Stadt beständige Artillerietätigkeit. Unsere Batterien haben bei dem Schloß von Wandaert eine heftige Explosion in einem Munitionslager verursacht.

Orientarmee. Es ist kein neues Ereignis zu melden. Die bulgarischen Truppen haben die griechische Grenze nicht überschritten.

French vom Kommando abberufen.

London, 15. Dezember. (W. L. W.) Das Kriegsamt gibt bekannt, daß Sir Douglas Haig zum Nachfolger des Feldmarschalls French als Befehlshaber in Frankreich und Flandern ernannt wurde. French wurde auf eigenes Ansuchen seines Postens entlassen und zum kommandierenden Feldmarschall der Truppen des Vereinigten Königreichs ernannt.

Ferner gibt das Kriegsamt bekannt: Seit Beginn des Krieges befehligte Feldmarschall French während 16 Monaten in ununterbrochener angestrengter Tätigkeit unsere Armeen in Frankreich und Flandern mit dem größten Geschick. Er hat jetzt auf eigenen Wunsch das Kommando niedergelegt. Die Regierung hat ihn in voller Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste und zum Dank dafür, die Stelle eines Oberkommandierenden Feldmarschalls der Truppen des Vereinigten Königreichs anzunehmen. French hat die

rade in diesem Augenblick, unter diesen Umständen, ausgebrochen.

Tatsächlich bekennet sich niemand zu der Ansicht, daß die Notwendigkeiten wirtschaftlicher und machtpolitischer Expansion — d. h. die imperialistischen Interessen — zu ihrer Durchsetzung einen Krieg rechtfertigen. Niemand bezweifelt, daß in den weltpolitischen Erfolgen der imperialistischen Erwerbung von Kolonien, Interessenphären, Flottenstützpunkten, Kohlenstationen Deutschland unter den Großmächten am meisten beengt worden ist. Dennoch hat der deutsche Reichskanzler am 4. August 1914 den Weltkrieg nicht etwa so begründet: „Seit Jahrzehnten wird das mächtig sich entwickelnde Deutsche Reich von den feindlichen Mächten in seiner Entfaltung gewaltig eingegrenzt und behindert. Wir sollen nicht den uns gebührenden und für uns notwendigen Ausraum zum freien Atmen in der Welt gewinnen. Man hat uns eingekerkert, ausgesperrt, vom dem Anteil an der Welt Herrschaft der Großmächte. Wir aber müssen hinaus, wir müssen diesen eisernen Ring des Neides und Hasses durchbrechen. Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Sind alle unsere friedlichen Mittel erschöpft, um unser weltpolitisches Lebensrecht durchzusetzen, wofür, so muß die Gewalt reden: Der Krieg muß uns befreien aus der erstickenden politischen Umflammerung.“

So sprach der deutsche Reichskanzler nicht. Er legte im Gegenteil, an jenem 4. August 1914, dar, daß Deutschland Hand in Hand mit England (d. h. mit dem eigentlichen imperialistischen Gegner) alles getan habe, um den Frieden zu erhalten. Rußland habe es nicht gewollt; es habe durch die Mobilisierung den Heberfall bereits begonnen. Und diese Begründung, nicht der Hinweis auf imperialistische Entwicklungsnotwendigkeiten, hat jene Stimmung hervorgerufen, deren wir alle Zeugen gewesen sind.

II.

Noch eine andere Erwägung zeigt jedem Denkenden, daß die allgemeine Diskussion imperialistischer Ursachen, so sehr sie den Untergrund des Weltkrieges bilden, für das Problem der unmittelbaren Veranlassung und Herbeiführung nichts entscheiden; und gerade diese besondere Schuldfrage, deren unauflösbare Verbindung mit der Friedensfrage der deutsche Reichskanzler so klar und sicher erkannt hat, ist zu lösen, nicht aus gelehrtem Interesse, sondern um unserer künftigen politischen Handlungen willen, als richtungweisend für alles politische Eingreifen der Völker in den Gang der Begebenheiten. Nun liegt die letzte Entscheidung über Krieg und Frieden, über Zeit und Ziel des Krieges beim Militär. Am den Umriss eines Krieges zu erfassen, muß man in erster Linie die militärischen Anschauungen studieren, die durchaus nicht immer mit den politisch-wirtschaftlichen Interessen parallel zu laufen brauchen. Der Krieg ist auch ein mechanisches Problem, und die kriegerische, strategisch-technische Durchführung bestimmter politischer Zwecke paßt sich nicht ohne weiteres den politischen Endzwecken an. Jeder Leutnant hat zum Beispiel im Friedensunterricht gelernt, daß ein Krieg mit Frankreich militärisch ganz andere Bedingungen und Möglichkeiten hat, wie ein Waffengang mit England oder Rußland. Die militärische Exekutive muß deshalb nicht selten mit Dispositionen arbeiten, die bestimmte politische Aufgaben auf ihm wegen zu erreichen suchen. Nur die Einsicht in diese — der Kriegspolitik angehörenden — Meinungen vermag gewisse Widersprüche und Dunkelheiten der Kriegspolitik aufzuheben und aufzulösen. Wer davon nichts weiß, wird sich zwar unermüdlich im Nebel der Allgemeinheiten betätigen dürfen, aber niemals Klarheit über die realen Zusammenhänge bestimmter Ereignisse gewinnen.

Wenn das aber der einzige Weg zur Erkenntnis der Kriegsschuld ist, wie soll man sich schon jetzt an die vom deutschen Reichskanzler gestellte Aufgabe der Demaskierung wagen können? Wo

Stelle angenommen. Der König hat ihm die Würde eines Viscount verliehen.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 16. Dezember. (W. L. W.) Amtlicher Bericht vom 15. Dezember. Bei Neglül warfen feindliche Flieger Bomben in der Gegend von Jaloßhabt verstärkte Artilleriefeuer. In der Gegend von Niga verjagte unsere Artillerie an mehreren Stellen die Deutschen aus den von ihnen besetzten besetzten Stellungen. Am Dnestr stehen Aufklärer eines unserer Kavallerieregimenter bei Uziczlo (18 Kilometer nordwestlich Jolesaczki) auf feindliche Aufklärer, welche mit russischen Woffenröcken, Mägen und Pelzen besetzt waren. Von unseren Leuten angegriffen, eröffnete der Gegner das Feuer. Unsere Aufklärer erwiderten sofort das Feuer machten einen Teil der verkleideten Deserteure nieder und verjagten den Rest.

Kaukasusfront. Auf der Straße nach Hamadan setzten unsere Truppen die Verfolgung des türkisch-deutschen Detachements fort. Als Abordnung der Bevölkerung begaben sich einflussreiche Führer aus Hamadan zu unseren Truppen und baten um Schutz gegen die Unruhestifter.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 16. Dezember. (W. L. W.) Amtlicher Kriegsbericht vom Mittwoch. Im Concaiale bombardierten feindliche Batterien der Bardarogruppe die Stellungen auf dem Monte Vies, die wir kürzlich erobert hatten und in denen wir uns festgesetzt haben. Sie richteten aber keinen Schaden an. Die feindliche Artillerie verstärkte weiter systematisch und mit Bedacht bewohnte Ortschaften. Gestern richtete sie ein heftiges Feuer gegen Loppio im Tale des Flusses Comera (Etsch) und gegen die Städte und Flecken auf den Abhängen des Karstes von Görz von Gradisca bis Ronfalcone. Unsere Batterien antworteten heftig und trafen marschierende Truppen- und Proviantkolonnen. Eins unserer Fliegergeschwader überfiel gestern das Tal von Chiapovano (Izida) und warf Bomben und Fliegergeschütze auf feindliche Lager und Baracken bei Chiapovano und Slap. Einige mutige Flieger gingen darauf unter dem Feuer der Abwehrgeschütze herunter und bewarfen feindliche Lager, wo sie Unordnung hervorriefen. Die Flieger kehrten unverfehrt zurück. Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 16. Dezember. (W. L. W.) Das Hauptquartier teilt mit: Auf der Trakfront zeitweilig ausgehend der Infanterie- und Artilleriekampf bei Kut el Amara. Als unsere Truppen sich einigen Teilen des besetzten Ortes näherten, entdeckten sie unterirdische Minen, die der Feind gelegt hatte, und brachten sie zur Explosion, um sie wirkungslos zu machen. Unsere Truppen eroberten am 14. Dezember bei Kut el Amara vier mit Bauholz geladene Leichter. Auf der Kaukasusfront nichts von Bedeutung. Auf der Dardanellenfront war der Feuerkampf, namentlich das Bombenwerfen, schwach im Vergleich zu den anderen Tagen. Nur bei Sedd ul Bahr warf der Feind gegen unser Zentrum ungefähr 3000 Bomben, ohne nennenswerte Ergebnisse zu erzielen. In der Nacht zum 15. Dezember wurden zwei feindliche Transportschiffe, die am Landungshafen von Ari Burun ausgeladen wurden, durch unsere Artillerie in die Flucht gejagt. Ein feindlicher Kreuzer, der das Feuer gegen unseren rechten Flügel von Sedd ul Bahr eröffnete, wurde durch die Geschosse unserer Artillerie getroffen und entfernt sich auf hohe See. Ein feindliches Flugzeug wurde gestern von unserer Artillerie heruntergeschossen.

Die diplomatischen Kriegsurkunden.

Wenn einmal die Geschichte über die Schuld an diesem ungeheuerlichen aller Kriege und seine Dauer urteilen wird, wird sich das entsetzliche Unheil aufdecken, das Unkenntnis und Verstellung angerichtet haben. So lange diese Verstrickung von Schuld und Unkenntnis bei den feindlichen Staatskernern besteht und ihre Geistesverfassung die feindlichen Völker beherrscht, wäre jedes Friedensangebot von unserer Seite eine Torheit, die den Krieg nicht abkürzt, sondern verlängert. Erst müssen die Masken fallen.

Der deutsche Reichskanzler im Reichstag 9. Dez. 1915.

Erst müssen die Masken fallen — so sprach Herr von Bethmann Hollweg im deutschen Reichstag am 9. Dezember — erst müssen die Masken fallen, bevor Friedensangebote gemacht werden können. Zugleich aber schien er der Meinung zu sein, daß erst die Geschichte, also die Forscher einer Zukunft, die den Blutgeruch unserer Tage nicht mehr spürt, Aufklärung über die Schuld an diesem ungeheuerlichen aller Kriege schaffen würde; daß also erst die Geschichte, als Richter über Gemeines, Abgeschiedenes, die Masken abreißen würde. Danach mühte man zu dem verzweifelten Schluß kommen, wenn die Demaskierung durch die Geschichte die Voraussetzung von Friedensangeboten sein sollte, niemals Friedensangebote und niemals Frieden möglich sein werden.

Herr von Bethmann hat recht: jede wirksame Aktion für den Frieden bedingt zuvor, daß alle Masken fallen. Darum gerade können wir aber auch nicht auf das Gelehrte, nicht mehr zu erlernende Urteil der Geschichte warten, sondern wir Lebenden und Mitleidenden müssen das Amt des Geschichtsschreibers schon ausüben in der Zeit, da die geschichtlichen Ereignisse sich lebendig vollziehen. Die Weltgeschichte darf nicht als spätes Weltgericht hinterherkommen. Indem Weltgeschichte wird, muß sie schon Weltgericht sein; das Urteil muß auf frischer Tat gefällt werden. So hat der deutsche Reichskanzler selbst den durch die Kriegsziele gegebenen tiefinnerlichen Zusammenhang zwischen Kriegsurteilen und Frieden erkannt.

Wie aber läßt sich heute schon die Schuld an diesem ungeheuerlichen aller Kriege feststellen? Wie kann man Masken und Gesichter unterscheiden? Wo ist das Material, auf dem man eine begründete Kritik der Vorgeschichte des Krieges aufbauen und damit die Schuld an Kriege ermitteln könnte.

Der Reichskanzler spricht von einer Schuld am Kriege und nicht von seinen Ursachen. Damit erhebt er sich weit über die Oberflächlichkeit jener Kriegsschriftsteller, die irgendetwas Wesentliches gesagt zu haben glauben, wenn sie die ebenso harmlose, ungefährliche wie leere Unbedeutung hartnäckig wiederholen, daß der Krieg „imperialistische“ Ursachen habe. Gewiß der „Imperialismus“ als eine (begrifflich schillernde) Entwicklungsform des Kapitalismus birgt die stetige Disposition zu kriegerischen Konflikten wie auch die unablässige gegenseitige Rüstungsüberbietung. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Disposition für das Uebel das Uebel selbst zum Ausdruck bringen muß. Auch jeder Streik und jede Aufsperrung ist durch den „Kapitalismus“ verursacht. Kein Gewerkschaftler aber wird in solchem Arbeitskampfe irgendeinen fruchtbareren Wert darin erkennen, die kapitalistische Verursachung immer aufs neue zu erwidern. Der Kampfteilnehmer und Kampfführer wie der literarische Kampfschreiber wird vielmehr von dem ganz besonderen Ursachen und besonderen Verantwortlichkeiten, den besonderen Zwecken reden, die es bewirken, daß der Konflikt ge-

ist der feste Grund, auf dem man bauen, wo das Material, das verwendbar ist? Es ist wahr, wir besitzen zwar eine reichhaltige, vor dem Kriege erschienene und sehr bedeutsame Militärliteratur, aber keine Zeile der geheimen Militärakten des Krieges ist bisher ans Licht gekommen.

Gleichwohl besitzen wir Material für die Arbeit kritischer Forschung: die diplomatischen Aktensammlungen. Bei all ihren Mängeln bilden sie bisher die einzige Quelle, aus der man — fast über und leerer Kannegießerei — Erkenntnisse zu schöpfen vermag, Erkenntnisse der Kriegsurachen und Kriegsschuld.

Es ist deshalb ein Verdienst Eduard Bernsteins, daß durch die im Vorwärtsverlag erschienene Sammlung der diplomatischen Aktensammlungen dieses Material allgemein zugänglich gemacht hat. Mit dem 12. Heft ist die erste Reihe dieser Publikationen zum Abschluß gelangt. Die Diplomaten Deutschlands, Englands, Rußlands, Belgiens, Österreich-Ungarns, Italiens und Serbiens sind mit ihren ersten Heften zum Vort gekommen. Nichts ist so wichtig, als über diese farbigen Schriftwechsel als wertlos zu spotten. Nichts ist aber auch so schwierig, als die Fülle dieser widerprüchsvollen Rundgebungen geistig zu durchdringen und zu bewältigen.

Man kann geradezu sagen, daß es kaum eine bessere Schule für die Ausbildung politischen Denkens und geschichtlicher Kritik gibt, als das Studium dieser weichen, blauen, grauen, grünen, gelben, roten und orange-farbenen Broschüren. Es wäre sehr erzieherisch, wenn die Mitglieder unserer Organisationen bei ihren Zusammenkünften diese Veröffentlichungen gemeinsam lesen, und unter Leitung eines den Stoff beherrschenden Genossen, diskutieren würden.

Die Aufgabe wäre: durch vergleichende Prüfung der wirtlich durchkreuzenden Tatsachen Anregungen, Vorschläge, Ablehnungen, Maßnahmen, die Verantwortung der Frage zu versuchen, wo Friedenswillen, wo Angriffsentschluß in den diplomatischen Manövern sich betätigte.

Will man aber in solcher kritischen Untersuchung der Kriegsschuld zu irgendeinem Ergebnis gelangen, das mehr ist als eine zufällige, haltlose Meinung, so muß man sich in erster Linie vor einem logischen Fehler hüten, der zwar die plumpe und handgreiflichste aller Selbsttäuschungen der Vernunft ist, darum aber auch das häufigste und beliebteste Mittel der Beweisführung: Man darf nicht voraussetzen, was man erst beweisen will. In unserem Falle: Es ist der elementarste logische Schnitzer, bei der Wertung der Beweisgründe für die Kriegsschuld der einen oder anderen Partei stillschweigend schon voraussetzen, wo die Schuld liegt.

Ueberhaupt, es gibt keinen größeren Feind der Wahrheit als die Sucht des Zuverlässigkeitsbeweises, die immer ein Zeichen schlechten Gewissens oder mindestens moralischer und intellektueller Unsicherheit ist. Das läßt allemal auf die dreifach gepanzerte Verteidigung jener Frau hinaus, die verlagert wurde, einen geliebten Topf zerbrochen zu haben: Erstens habe ich keinen Topf geliebt, zweitens hatte er schon ein Loch, als ich ihn lieb, drittens habe ich ihn unverfehrt zurückgegeben. Hätte die Frau schon etwas von Kriegsschuld gewußt, so hätte sie auch ein Bierchen beworfen: Wierens ist der Topf von mir der Nachbarin geliebt, und sie hat ihn zerbrochen.

Wir selbst beschäftigen nicht, eine Lösung der Aufgabe zu versuchen. Das könnte nur in einer sehr umfangreichen Arbeit geschehen, die den Raum von Zeitungsaufstellungen weit überschreiten würde. Wir wollen vielmehr lediglich zum Studium der Frage ansetzen, indem wir eine objektive Uebersicht über das Material selbst und seine bisherigen kritischen Bearbeitungen geben. Das soll in folgendem geschehen.

Politische und militärische Grenzen.

Von Richard Gädle.

Es mag an dieser Stelle, während einer Atempause des Weltkrieges, einer kriegerischen Unterbrechung Raum gegeben werden, die sich rein theoretisch mit dem Verhältnis beschäftigt, das im Verlauf der Weltbeziehungen zwischen den politischen Grenzen der Staaten und den Anforderungen der Landesverteidigung bestanden hat. Ich nenne die Grenzen, die möglichst vollkommen dem Bedürfnis eines Schutzes des Staates gegen Einfälle feindlicher Nachbarn entsprechen, militärische Grenzen; man könnte sie auch natürliche Grenzen nennen. Diese Bezeichnung ist ja im allgemeinen die geläufigere; die andere aber entspricht besser ihrer Aufgabe, gelegentlich ihrem vorgeschätzten Zweck.

Als natürliche Grenzen kann man große Stromabschnitte, das Gebirge, die Wüste, vor allen Dingen das Meer ansehen; künstliche militärische Grenzen werden durch Befestigungsanlagen hergestellt. Diese treten oft ein, wo natürliche Grenzen fehlen, werden aber häufig auch in Verbindung mit jenen hergestellt. In letzterem Falle sollen sie entweder die Stärke der natürlichen Grenze vermindern oder über diese hinaus vorgeschoben, aus dem der Verteidigung dienenden Schutze einen den Angriff begünstigenden Brückenkopf machen. Der davon betroffene Nachbar wird diese Ausgestaltung natürlich als eine Bedrohung seiner selbst, als eine Ausfallspitze des anderen betrachten.

Man sollte nun meinen, daß das weltgeschichtliche Ringen der Völker hauptsächlich um das Gewinnung natürlicher Grenzen gegangen sei, hinter deren Schutz sie friedlich ihre eigene Entwicklung fördern, ihren nationalen Idealen nachleben konnten. In Wahrheit zeigt die Geschichte das entgegengesetzte Schauspiel. Mit einem gewissen Leichtsinne oder sogar mit bewußter Absicht werfen die Völker den Vangel von sich, den die Natur um sie geschoben hatte, und sie suchen darüber hinaus in das Gebiet des Nachbarn einzudringen, soweit als es nur irgend ihre politische oder militärische Ueberlegenheit gestattet, und unbedunnt darum, ob sie dadurch bessere oder schlechtere Grenzen finden.

Begründen wir dies mit einigen flüchtigen Strichen. Eine der sichersten Grenzen, mit denen die Natur ein Land umgürtet kann, waren die Wüsten um das alte Ägypten; mit Staunen sehen wir, daß das Streben der nationalen Könige nicht dahin ging, diesen Schutz zu hüten und zu verstärken, sondern unaufrichtig dringen die starken Herrscher durch die Wüste Sinai nach Ägypten hinein, um die Völker Syriens zu unterwerfen; nur die Schwachen begnügten sich mit der Verteidigung durch den Wüstengürtel und diese immer vergeblich. Das gleiche Schauspiel in entgegengesetzter Richtung bieten uns die Assyrer und die syrischen Herrscher; die Unterwerfung und Ausbeutung des reichen Kilandes, mit seinem sorgspendenden Boden, wird ihr Ziel, nicht die Gewinnung einer guten Grenze.

Als die Römer Italien unter ihrer Herrschaft geieint hatten, trafen sie im Norden auf das gewaltige Bollwerk der Alpen; man hätte meinen sollen, daß sie sich mit der Gewinnung des Kammeres begnügten würden, der ihnen vollen Schutz gegen die Einfälle räuberischer und weniger gesitteter Stämme gewährte. Nichts davon! Sie überführten alsbald den hohen Gebirgswall, einen der mächtigsten der Erde, unterwarfen sich zunächst Südost-Gallien, die Provincia Narbonensis, dann ganz Gallien, drangen tief in Süddeutschland vor und schließlich in die östlichen Länder bis nach Ungarn hinein. Hier trafen sie auf die große Stromschranke der Donau. Auch sie bildete nicht dauernd ihre Grenze. Sie überschritten den Unterlauf, betraten Siebenbürgen und zogen ihre Grenze im südwestlichen Rußland quer über Pruth-Dniestr und Danestr hinweg. Den Schutz ihrer Grenze dort übernahmen Kolonisten (die Vorfahren der Rumänen), sowie die politische und die militärische Macht ihres Reiches.

Mit der Einigung Italiens hatten sie aber zugleich die natürlichste Grenze erreicht, die es gibt: das Meer! Kaum waren sie dort angelangt, da stürzten sie hinüber, besetzten Sizilien, Sardinien, Korrika — meergeschützte Inseln — und führten mit Karthago im Zeitraum von 900 Jahren einen Krieg um die Herrschaft über das Mittelmeer; vielleicht den ersten Handelskrieg der Welt.

Die Erscheinung wiederholt sich in England; es verachtete den starken Schutz, den die Natur durch die Wogen des Meeres um es geworfen hatte, drang nach Irland ein — von dem es keine Gefahr zu besorgen und mit dem es keine Grenzen gemein hatte — unterwarf sich die grüne Insel, auf der es noch heute bitter gekämpft wird, und überschritt dann erobert den Kanal, um auf dem Festlande seine Herrschaft auszubreiten, nicht um dort bessere Grenzen zu finden. Auch nachdem sie den französischen Besitz wieder verloren hatten, legten die Briten Wert darauf, einen Brückenkopf auf dem Festlande zu behaupten. Sie fanden ihn 1815, bei dem großen Festsitz um den Weis Europas, in der Unabhängigkeit der kleinen Niederlande, deren südlicher Teil nicht wieder unter österreichischer Herrschaft zurückkehren durfte. Als dann Belgien sich losriß und neutral wurde, zog England den größten Vorteil davon.

Eines der anregendsten geschichtlichen Beispiele bietet China, das große Reich der Mitte; vielleicht ist es der einzige Staat der Welt, der den Versuch unternommen hat, seine Herrschaft auf die kulturelle Durchdringung der Umwelt mit seinen religiösen und sittlichen Gedanken und Einrichtungen zu gründen. Zu seinem besseren Schutze gegen die kriegerischen Stämme des Nordens schuf es dann quer über hohe, schroffe Gebirge, über Täler und Flüsse hinweg das Riesennetz der großen Mauer. Und in der Tat — diese Landesverteidigung hat ihren Zweck erreicht — genau solange, als China selbst stark und mächtig war. Als es schwach wurde, drangen die Mandchus ohne Schwierigkeit hinüber und warfen das größte Reich der Erde für mehr als zwei Jahrhunderte unter ihre Führe. Ihr schärfstes Schwert war die Einfallsportie, die ihnen sogar die große Mauer erschloß.

Mit besonderer Deutlichkeit haben die Franzosen nach der natürlichen Grenze gesucht; sie fanden sie in dem großen Flußstade des Rheins, trotz der Erfahrung, die bereits die Römer damit gemacht hatten. Aber es stimmt bedenklich, daß sie in dem Augenblick, wo sie unter Napoleon I. ihr Ziel erreicht zu haben schienen, die heikeligste Schwachheit ihrerseits alsbald überschritten; die Niederlande nördlich des Rheins wurden dem Reiche des Kaisers einverleibt und die übrigen Rheinuferstaaten unter der Form des Rheinbundes unter seinen politisch militärischen Einfluß gebracht, der auch an der Erde nicht Halt machte.

Die einzige natürliche Grenze, die es meines Erachtens zurzeit zwischen zwei Staaten gibt, sind die Pyrenäen zwischen Frankreich und Spanien. Auch sie übrigens nur ganz im allgemeinen gesprochen. Denn die Konvention wird bald von der einen, bald von der anderen Seite überschritten. In Wahrheit liegt auch hier nur eine zufällige Ausnahme vor, denn im Laufe der Geschichte ist auch diese Schranke wiederholt durchbrochen worden; von den Arabern nach Norden hin, von Karl dem Großen gegen Süden. Ludwig IV. aber, Napoleon I. haben versucht, sie ganz hinweg zu räumen. Sie besteht heutzutage nur darum, weil weder Frankreich noch Spanien gegenwärtig stark genug sind, ihr Herrschaftsgebiet auf die andere Seite des Gebirges auszuweiten.

Wie wenig natürliche Grenzen imhande sind, das Ausdehnungsbedürfnis der politischen Staaten zu hemmen, sehen wir sehr deutlich an Italien. Kaum hat es seine nationale Wiedergeburt gefeiert, so betritt es ungeachtet die Bahnen imperialistischer Eroberungspolitik. Es greift mit räuberischer Hand über die See hinüber nach dem türkischen Tripolis; findet es dort bessere Grenzen? — im Gegenteil: die denkbar schlechtesten und unsichersten. Nimmt es einem gefährlichen Gegner Einfallsorte in sein eigenes Land ab? nein, es sucht vielmehr Ausfallspitzen, um Stämme, die es für schwach hält, seiner Herrschaft, seinem Handel, seinem Volkstum zu unterwerfen. In dem gleichen Triebe greift es hinüber auf die gegenüberliegende Küste des Vellan; droht ihm von Montenegro, von Albanien irgend eine Gefahr? Gewiß nicht.

Wir werden daraus ermessen können, was in Wahrheit die Behauptung von den besseren Grenzen besagen will, um deren willen es mit Österreich-Ungarn Krieg führt.

Dabei leitet uns die Erörterung ungezwungen zu den sogenannten „nationalen“ Grenzen hinüber, die oft die Forderung nach „natürlichen“ Grenzen auflösen muß. Eine zweite geschichtliche Darstellung würde beweisen, daß jenen keine größere Wirksamkeit, keine längere Dauer beschieden ist, als den natürlichen Grenzen.

Man könnte die Beispiele vervielfältigen; immer würde sich ergeben, daß die kriegerischen Zusammenstöße zwischen den Staatengebilden der Erde niemals um die Grenzen gegangen sind, sondern in Wahrheit um Landgewinn. Solange es blutige Kriege gegeben hat, ist ihr Beweggrund nicht der gewesen, in der geographischen Besthaltung der Grenzen einen besseren Schutz für das eigene Volkstum zu finden, sondern vielmehr der Wunsch nach Raucherweiterung, der Trieb, Land und Leute zu gewinnen, das Gebiet des eigenen Staates auszudehnen. Die „natürliche“ Grenze war nie mehr als ein Vorwand, ein diplomatischer Hechtstreich, um den Heißhunger mit einem schöneren Triebe zu decken, mit einem moralischen Ermüdungen zugänglichen Grunde zu verhüllen.

Und wenn die Entwicklung einst dahin gehen sollte, die ganze alte Landkarte unter einem Scepter zu einen, sagen wir einmal unter dem russischen, die neue Welt aber unter dem der Vereinigten Staaten, dann hätten beide Riesengebiete, von Ozeanen größer Ausdehnung umflutet, sicher die besten Grenzen, die auf dem Erdballe überhaupt zu finden sind. Auch dann aber würde der Kampf um die Raucherweiterung fortgehen; der Streitgegenstand würde nun Australien werden, und die Inselwelt des Stillen Ozean, im Norden aber das Eismeer mit Grönland, Island, Spitzbergen, Komorja Semsja. Und nicht Ruhe würde werden, als bis der eine den anderen seinem Willen völlig untertan gemacht hätte.

Und auch dann noch wird es Einfallstore zwischen der alten und der neuen Welt geben: sie werden sich nennen Eisenbahnen, Flotten, Kriegsbereite Heere!

Das wird dauern, solange der Krieg selbst ein Mittel des Völkerverkehrs sein wird; erst sein Verschwinden wird mit den militärischen auch die natürlichen Grenzen zwischen den Völkern beseitigen.

Die ausschlaggebende Stimme des Parlaments.

Auf das in die Form einer Anfrage gestellte Ersuchen Philipp Snowdens, die englische Regierung solle keine auf der Basis einer Freigabe der besetzten Territorien gestellten Friedensangebote ohne Befragen des Parlaments zurückweisen, hat Asquith bekanntlich geantwortet, etwaige Vorschläge würden von den Verbündeten geprüft werden, und es sei der Wunsch der englischen Regierung, das Parlament möglichst frühzeitig ins Vertrauen zu ziehen.

Diese Zusicherung ist dem liberalen „Manchester Guardian“ aber nicht klar und bestimmt genug, und er verlangt, daß unter allen Umständen das Parlament nicht nur um seinen Rat angegangen werden solle, sondern ausreichende Gelegenheit erhalten müsse, seine Ansicht über die Friedensbedingungen wirksam zu machen.

Das Parlament muß befragt werden, bevor die Regierung selbst oder die Regierung in Gemeinschaft mit unseren Verbündeten zu einer Entscheidung gelangt ist, und es darf nicht vor eine vollendete Tatsache gestellt werden. Ohne Zweifel stehen einer solchen Befragung besondere Schwierigkeiten im Wege, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, daß wir uns bei solchen Verhandlungen im strengen Einvernehmen mit unseren Verbündeten halten. Aber bevor die Regierung sich an einer solchen Konferenz beteiligt, muß sie zum mindesten mit den Wünschen und Meinungen des Parlaments vollständig vertraut sein und soweit als möglich seine Autorisation besitzen.

Der „Manchester Guardian“ fürchtet, die Stunde der Friedensverhandlungen sei noch in weiter Ferne, „aber“, so schreibt er, „es kann nie zu früh sein, den Grundsatz aufzustellen, daß das Parlament und durch das Parlament das britische Volk bei der endgültigen Entscheidung dieses schrecklichen Handels eine maßgebende Stimme besitzt und daß das Volk, das die Lasten getragen hat, auch das Urteil zu fällen hat“.

Dieser Grundsatz sollte nicht nur in England Geltung besitzen.

Eine verständige Stimme aus England.

Die „Köln. Ztg.“ gibt folgende Auslassung des „Economist“ über Friedensmöglichkeiten wieder, die ihrer Ansicht nach die Meinung eines großen Teiles der englischen Geschäftswelt ausdrückt:

Niemand nimmt an, daß es eine einfache Sache sein wird, einen allgemeinen Frieden zustandzubringen. Es ist viel leichter, Krieg zu beginnen, als Frieden zu schließen, und es ist offensichtlich leichter, Frieden zu schließen für ein Land als für mehrere. Da wie der Erste Minister dem Unterhaus am Dienstag in Erinnerung brachte, die Regierungen von Frankreich, Rußland, Japan, Italien und Großbritannien gegenseitig übereingekommen sind, im gegenwärtigen Kriege nicht gesondert Frieden zu schließen, so ist es für unsere Regierung unmöglich, offen in Verhandlungen einzutreten. Tatsächlich wurde Herr Asquith nur gebeten, sich zu verpflichten, daß er keine Vorschläge zurückweisen werde, die die Räumung von erobertem Gebiet zur Grundlage hätten, ohne daß das Parlament davon erführe. Darauf antwortete der Minister: „Wenn von den feindlichen Regierungen Vorschläge von ernstlichem Charakter für einen allgemeinen Frieden vorgebracht werden, sei es direkt oder mittels einer neutralen Macht, dann werden sie zuerst von den Regierungen der Verbandsmächte erörtert werden, und ehe diese Lage eintritt, kann ich kein anderes Versprechen geben.“ Das scheint uns völlig vernünftig zu sein, so lange eine freie Erörterung der Bedingungen, die annehmbar sind, in den Zeitungen erfolgt, und mit einer freien Erörterung meinen wir eine Erörterung, bei der die Leser einer Zeitung sowohl wie die Redakteure ihre Meinung zum Ausdruck bringen dürfen. Wenn man im Volke die Schwierigkeiten und die Unmöglichkeit, einen Frieden zu schließen, der für alle Verbandsmächte in jeder Hinsicht befriedigend ist, nicht erkennt, so besteht die Gefahr einer Enttäuschung. Wenn auf der anderen Seite eine einigermaßen befriedigende Friedigung, welche die völlige Unabhängigkeit von Belgien einschloße, und dazu ein Kompromiß, daß die eskalatorische Frage erledigt und heilen würde, gesichert werden könnten, dann würde alle Kritik zweifellos untergehen in oer allgemeinen Freude der einzelnen über die Heimkehr der Heere.

Unser auswärtiges Amt hatte freie Hand vor dem Kriege, und es hat freie Hand gehabt, seit der Krieg währt. Wenn es durch vorsichtige und erfolgreiche Verhandlungen, ungehindert durch die Kontrolle des Parlaments, aber unterstützt durch eine freie und sinngemäße Erörterung, einen allgemeinen ehrenvollen Frieden erzielen kann, ehe der Kontinent von Europa dem allgemeinen Vankrott anheimfällt, dann wird die Nation Grund haben, ihm dankbar zu sein. . . . Jeder läche und patriotische Kritiker muß erkennen, daß der Verlauf der militärischen Ereignisse in der Zukunft äußerst unsicher ist. Das einzige, was sicher ist, ist, daß je länger der Krieg dauert, desto schwieriger es wird, die Finanzlage wieder in Ordnung zu bringen. Wenn man durch kluge Voraussicht die Zukunft nur um einen einzigen Monat vorwegnehmen könnte, und die Diplomatie nur diesen anscheinend geringfügigen Erfolg erzielen könnte, dann würde eine Summe, die kaum

geringer wäre als 400 Millionen Pfund, verfügbar werden, um die verwüsteten Gefilde von Europa und Asien wiederherzustellen.“

Nach kurzen Bemerkungen über die Rede des Reichskanzlers, die in demselben Geiste gehalten sind, schließt der Artikel:

„Die englische Regierung hat von Anfang an keine selbstfüchtigen Zwecke verfolgt. Sie hat weder Menschen noch Geld gespart, um Belgien, Frankreich und unseren anderen Verbündeten zu helfen. Die große Frage ist nur, ob ein ehrenhafter Friede erreichbar ist. Wenn ja, dann wird die finanzielle Erschöpfung jeder militärischen Macht eine Garantie gegen die Erneuerung von Feindseligkeiten für viele Jahre sein und sich mächtiger erweisen als alle Friedensverträge.“

Das nationalliberale Blatt bemerkt dazu: „Das sind Betrachtungen, welche die Wirkung des Krieges auf die englische Volkstimmung zweifellos getreuer widerspiegeln als die Wahnsinnsausbrüche der „Times“, „Daily Mail“, „Morning Post“ und Genossen. Aber selbst diese Betrachtungen werden, wie der Leser sieht, den Erfolgen und Ansprüchen Deutschlands nicht gerecht und vor allem, sie sind noch keineswegs die Auflassung der englischen Regierung. Darum darf man sie wohl als ein Zeichen der Zeit anmerken, aber nicht annehmen, daß sie irgendwelche unmittelbare Wirkungen haben werden.“

Auch ein „Kriegsziel“.

Berlin, 16. Dezember. (B. L. Z.) Auf Veranlassung der Vereinigung deutscher Ueberseer (Sty Frankfurt a. M.) ist von einer großen Anzahl interessierter Firmen dem Reichskanzler eine Eingabe folgenden Inhalts überhandt worden: „Die unterzeichneten Ueberseerfirmen halten es zur Wahrung des deutschen Ansehens im Auslande für erforderlich, daß die feindlichen Mächte im Friedensschlusse gezwungen werden, überall da, wo das Ansehen des Deutschen in deutschen und fremden Kolonien mit direkter oder indirekter Unterstützung der feindlichen Behörden durch entwürdigende Behandlung Deutscher während des Krieges herabgesetzt und geschädigt worden ist, in einer offiziellen Form Genugtuung darat zu leisten, daß bei der einheimischen Bevölkerung das Ansehen des Deutschen voll und ganz wiederhergestellt wird.“

Freies Geleit für die deutschen Attachés.

Washington, 15. Dezember. (B. L. Z.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der britische Votschafter wurde ermächtigt, von Ed und v. Papen ein bedingungsloses freies Geleit einzuräumen. Die beiden Attachés beabsichtigen, am Dienstag mit dem Dampfer „Noordham“ abzureisen.

Amerikanische Forderung an Frankreich.

New York, 16. Dezember. Durch Funkpruch des Vertreters von Wolffs Telegraphischem Bureau. Die amerikanische Note, welche gegen das Vorgehen des französischen Kriegsschiffes „Descartes“ gegen amerikanische Schiffe Einspruch erhebt, ist nach Paris abgegangen. Die Note fordert die sofortige Freilassung der sechs Deutschen und Oesterreicher, die von Bord der Dampfer „Coamo“, „San Juan“ und „Carolina“ weggeführt worden waren.

Kriegsbekanntmachungen.

Im Postverkehr mit den Kriegsgefangenen

pflegen die Angehörigen bei der Beurteilung der Zeit, welche die Sendungen für ihre Beförderung und Zustellung benötigen können, meist den Nachteil postlicher Verhältnisse in Friedenszeiten anzulegen und sind sofort beunruhigt, wenn von dem Kriegsgefangenen einmal längere Zeit Nachrichten ausbleiben oder wenn sie erfahren, daß die dem in Gefangenschaft befindlichen Sohn oder Bruder zugebachten Geld- und Paketsendungen nicht eingetroffen sind. Zu solcher Beunruhigung liegt in den meisten Fällen kein Grund vor, da die Verzögerung durch zeitweilige Einschränkungen im Postverkehr seitens der feindlichen Regierungen, durch vorübergehende Ueberlastung der Postämter oder durch die Ueberführung des bez. Gefangenen in ein anderes Lager sich als ganz natürlich erklärt. Oft ist auch die Nichtbeachtung der Bestimmungen für den Postverkehr mit Kriegsgefangenen schuld an der Verzögerung oder an dem Nichteintreffen der Sendung. Leider ist ein großer Teil des Publikums geneigt, diese vorübergehenden Verkehrserschwerungen als dauernde Nistände zu betrachten und glaubt im Interesse der Kriegsgefangenen die zuständigen Behörden, in erster Linie das Kriegsministerium und die stellvertretenden Generalkommandos, darauf aufmerksam machen und um schleunigste Abstellung bitten zu müssen. Durch die Erledigung solcher Anfragen entzieht die Gefahr einer Ueberlastung der mahgebenden Stellen, die dazu führen kann, daß sie in der Wahrnehmung ihrer eigentlichen Aufgabe, die deutschen Kriegsgefangenen gegen wirkliche schwerwiegende Nistände zu schützen, wesentlich beeinträchtigt werden. Wer also in Sachen des Postverkehrs mit Kriegsgefangenen Auskunft zu erhalten wünscht oder glaubt, Anlaß zu einer Beschwerde zu haben, wird sich zunächst an die Postanstalten und vor allem an die Auskunftsstellen der vom roten Kreuz errichteten Abteilungen für die Kriegsgefangenenfürsorge zu wenden haben. Sollte bei diesen Stellen die Ueberzeugung gewonnen werden, daß es sich wirklich um ernsthafte Nistände in der Gefangenenfürsorge handelt, so werden umgehend die nötigen amtlichen Erhebungen beantragt werden. Unsere Militärbehörden werden sodann mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Beseitigung vorhandener Nistände eintreten. (B. L. Z.)

Genf, 8. Dezember. (B. L. Z.) Da das Komitee des Internationalen Roten Kreuzes in Genf öfters Fragen zu beantworten hat, die von den Familien der Kriegsgefangenen in den verschiedenen kriegführenden Ländern über die Lager gestellt werden, wo diese Gefangenen untergebracht sind, und da es nicht alle Gefangenenlager ohne Ausnahme durch Delegierte besichtigen lassen kann, hat es beschlossen, eine möglichst vollständige Sammlung von photographischen Ansichten der Gefangenenlager in Deutschland, England, Oesterreich, Bulgarien, Frankreich, Italien, Japan, Rußland, Serbien und in der Türkei anzulegen.

Eine erste Serie von 20 Postkarten ist erschienen und umfaßt 10 Ansichten von deutschen und 10 Ansichten von französischen Gefangenenlagern, nämlich: in Deutschland: Döberitz, Darmstadt, Reichebe, Guben, Weklar, Stutigart, Limburg und das Reservelazarett Neue Welt in Berlin; in Frankreich: Carmaux, Bobardville, Setai, Viska, Casablanca, Bineac, Romans, La Vallée, Le Château d'Oléron, Yssoudun.

Diese Ansichten werden auf Bestellung hin durch das Komitee des Internationalen Roten Kreuzes zum Preise von 0,10 Fr. das Stück verhandt, zahlbar in Briefmarken, Antivortcoupons oder in internationalen Bons.

Letzte Nachrichten.

Auf eine Mine geraten.

Grimbby, 16. Dezember. (B. L. Z.) Kloßes meldet: Der Fischdampfer „Parnouth“ wird als verloren betrachtet. Er ist am 8. November ausgefahren und dürfte auf eine deutsche Mine gestoßen sein. Die Besatzung von 9 Mann ist ertrunken.

Militärfragen

Vor der Reichshandelskommission.

(Sitzung vom 16. Dezember.)

Abg. Hoch bringt die Einquartierungsfragen zur Sprache, die die davon betroffenen Gemeinden und deren Bevölkerung schwer bedrücken. Darauf muß die Heeresverwaltung durch Entgegenkommen an die Gemeinden Rücksicht nehmen.

Abg. Graf Praschma regt die Schaffung eines Umlaufgeldes für die besetzten Gebiete an. — Schatzsekretär Helfferich teilt mit, daß diese Frage eingehend geprüft worden ist; die große Schwierigkeit liegt darin, daß sich eine einheitliche Unterlage für dieses Papiergeld nicht finden läßt.

Kriegsminister v. Wandel und Staatssekretär Helfferich erlauben, davon Abstand zu nehmen, in der Besoldungsfrage weitere Beschlüsse zu fassen. Man verspreche, weitere Ersparungen zu machen.

Die Abstimmung über den Antrag wird ausgefällt. Abg. Meyer-Perford (natl.) hält der Regierung eine Dankrede dafür, daß sie auf dem Gebiet der Versorgung ihre Schuldigkeit getan hat. Redner begründet dann den Antrag, denjenigen

Kriegsbeschädigten,

bei welchen nach der Art der Beschädigung (z. B. Amputation) eine wesentliche Veränderung des Zustandes später nicht zu erwarten ist, bei der erstmaligen Festsetzung der Rente 80 Proz. der festgesetzten Rente für die Lebensdauer zu bewilligen.

General v. Langermann bezeichnet diesen Antrag als zu weitgehend. Man dürfe aber versichert sein, die Militärverwaltung werde nicht engherzig verfahren.

Abg. Bauer (Soz.) erklärt sich damit einverstanden, die zu dieser Materie gestellten Anträge der Regierung als Material zu überweisen. Das Kriegsministerium solle aber bestimmen erklären, daß Kriegsbeschädigten die Rente nicht entzogen wird, wenn sie die Arbeit wieder aufnehmen können. Die preussische Eisenbahnverwaltung hat die Wiedereinstellung Kriegsverletzter abgelehnt. Hier muß Abhilfe geschaffen werden.

Kriegsminister v. Wandel stellt fest, daß Kriegsbeschädigten die Rente nicht deshalb sofort entzogen werden soll, weil sie wieder teilweise arbeitsfähig sind. In den Militärbetrieben werden die Kriegsbeschädigten wieder eingestellt. Der Gesetzentwurf über Anstellung der Kriegsbeschädigten werde bald veröffentlicht. Die Änderung der Versorgungsregeln ist in Vorbereitung.

Abg. Sachse (Soz.) stellt fest, daß die Gewerkschaften eifrig bemüht sind, die Kriegsbeschädigten wieder in Arbeit zu bringen. Leider werden sie zu den Fürsorgekommissionen nicht zugelassen. Es müßten sich auch leider die Fälle, in denen Kriegsbeschädigte von den Unternehmern ausgebeutet werden. Das muß die Kriegsbeschädigten Arbeiter abschrecken.

Abg. Gothein beklagt die Verschleppung bei der Gewährung der Zuschüsse. Die Rentenfestsetzung zieht sich ebenfalls oft über Gebühr lange hin. In der Frage der Anstellung ist große Vorsicht am Platze. Die Rentenbehörde ist am besten durch eine sachgemäße Veranschlagung unter Mitwirkung der Gewerkschaften zu unterstützen. Lobenswürdig ist das nicht eintreten. Die Renten der Offiziere scheinen nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen mitunter zu hoch zu sein. — General v. Langermann entschuldigt die Verzögerungen mit der Menge der Fälle.

Abg. Erzberger fordert, daß die Kriegsbeschädigten mehr in den Betrieben des Reiches, des Staates und der Gemeinden untergebracht werden. Mit dem Anstellungsschein ist es nicht getan; es müssen auch Stellen nachgewiesen werden.

Kriegsminister v. Wandel: Die Regierung wünscht nicht, daß die Kriegsbeschädigten sich auf die Beamtenlaufbahn einrichten. Sie sollen soweit als irgendmöglich in ihre früheren Berufe zurückgeführt werden. Deshalb werden Anstellungsscheine nur in beschränkter Anzahl hinausgegeben.

Abg. Bauer (Soz.): Ohne die Mithilfe der Gewerkschaften wird nichts zu erreichen sein. Die Regierung soll dies den entsprechenden Instanzen klarmachen. Mit Kriegsbeschädigten kann man die Staatsbetriebe nicht durchweg besetzen, es müssen auch gesunde Arbeiter vorhanden sein. Die Arbeitgeber zeigen leider nicht immer Entgegenkommen. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ hat direkt zur Lohnbrüderlei aufgefordert. Es ist standalös, daß von dieser Seite sogar niedrigere Akkordsätze für Kriegsbeschädigte gefordert werden. Die Arbeitsvermittlung muß einheitlich geregelt werden. Es dürfen nicht in Kasernen und Lazaretten Plakate angebracht werden, die dazu auffordern, bei den Unternehmerverbänden sich zu melden. Die Gewerkschaften arbeiten eifrig mit, diese Fragen zu regeln.

Abg. Giesberts (Z.) hebt hervor, daß die Verwundeten große Opfer bringen, wenn sie sich zu dem Zweck operieren lassen, wieder arbeitsfähig zu werden. Demgegenüber ist es doppelt verwerflich, wenn die Unternehmer darauf mit Lohnbrüderlei antworten wollen. Es dauert schon Monate, ehe sich die Leute von den Einwirkungen des Trommelfeuers erholt haben; deshalb soll man nicht immer gleich von Rentenbehörde reden. Die Arbeiterorganisationen müssen zur Mitarbeit herangezogen werden.

Generalarzt Dr. Schulten bestritt, daß die Nachwirkung der Erlebnisse auf den Schlachtfeldern so langandauernde sind. Die Anträge werden der Regierung als Material überwiesen. Die Behandlung der

Mannschaftsfragen

ist vertraulich. Die Sozialdemokraten traten energisch für Erweiterung des Urlaubs ein. Mit Nachdruck forderten sie eine möglichst gute Behandlung der Mannschaften; dieses Verlangen wurde bezeugt durch reichhaltiges Material aus der Heimat und aus dem Felde.

Urlaubsfrage

erklärte die Militärverwaltung, daß der Weihnachtsurlaub für die in der Heimat befindlichen Mannschaften eingeschränkt worden ist, um den im Felde befindlichen Mannschaften den Vorrang zu lassen.

Die Besprechung militärischer Fragen wurde nunmehr unterbrochen; sie wird Freitag fortgesetzt.

Auslandspolitik

Die Kommission trat nun in die Beratung der ein. Auch diese Verhandlungen waren streng vertraulich.

Kriegskreditvorlage

Auch diese Verhandlungen waren streng vertraulich. Es kann aber soviel mitgeteilt werden, daß Abg. Genosse Scheidemann die Vereinfachung größerer Mittel, als bisher bewilligt worden sind, für die Wohnereinnahme und für die Unterstützung der arbeitslosen Textilarbeiter forderte. — Staatssekretär Helfferich sagte das zu und erklärte, daß das Reich so weit gehen wolle, daß in den Bezirken, in denen vorwiegend Textilarbeiter sich befinden, die Auslagen für die Unterstützungen bis zu drei Vierteln und wenn nötig, darüber hinaus zur Verfügung stellen wolle.

Berlin, 16. Dezember. Der Nachtragsetat, der den Reichsanwalt ermächtigt, zehn Milliarden Mark im Wege des Kredites flüssig zu machen, wurde heute abend im Hauptausgang des Reichstages ohne Widerspruch angenommen.

Politische Uebersicht.

„Bedenkliche“ Tatsachen.

Die „Kreuz-Zeitung“ knüpft an eine Bemerkung des „Berliner Tageblatt“, daß an der elsah-lothringischen Verfassung während des Krieges nichts geändert werden dürfe und bemerkt dazu:

„Wir haben aber nicht bemerkt, daß das „Berliner Tageblatt“ und die ihm nahestehende Presse die Beschränkung der öffentlichen Kritik als ein berechtigtes Hindernis für die Schaffung feststehender Tatsachen auf anderen Gebieten der inneren Politik angesehen haben, wofür solche nur mit ihren Wünschen übereinstimmen. Und doch kann man es für sehr bedenklich halten, daß durch „feststehende Tatsachen“ die künftige Richtung in der Behandlung, z. B. der sozialdemokratischen, der Polen- und der Dänenfrage, bis zu einem gewissen Grade festgelegt wird, obwohl die Wirkung des Krieges auf diese Volksteile noch ein durchaus unsicherer Faktor ist.“

Bei der Polen- und Dänenfrage haben wir bisher keinerlei Änderung in der Haltung der Regierung gesehen. Die von der „Kreuz-Zeitung“ z. B. erwähnte Auffassung, daß zum Heeresdienst eingezogene Staatslose (insbesondere Dänen) ohne weiteres das Staatsbürgerrecht erhalten, ist gerade bestritten worden. Was die Änderung der Behandlung der Sozialdemokratie anbetrifft, so enthalten wir uns eines Urteils; das Material ist ja aus den Reichstagsdebatten über Belagerungszustand und Zensur bekannt genug.

Dr. Wiemer über Kriegswillen und Friedenswünsche.

Im Verein der fortschrittlichen Volkspartei vor dem Halleischen Tor sprach Abgeordneter Stadtrat Dr. Wiemer am Montagabend über „Kriegswillen und Friedenswünsche“. Die vielfach geäußerten Befürchtungen aus Anlaß der sozialdemokratischen Interpellation, führte der Redner aus, haben sich glücklicherweise als grundlos erwiesen. Die Reden der Abgeordneten Scheidemann und Landsberg waren wohl durchsichtiger. Den größten Teil dieser Reden konnte auch die fortschrittliche Volkspartei unterzeichnen. Trotzdem wäre es besser gewesen, wenn die Interpellation unterblieben wäre. Das Echo, das die Kanzlerrede in der Presse des feindlichen Auslandes erweckt hat, sieht keineswegs nach Frieden aus. Im Gegenteil, wir sind von einem Frieden anscheinend noch sehr weit entfernt. Das ist gewiß schon im Interesse der Menschlichkeit ungemein bedauerlich. Es gibt wohl nicht mehr viel deutsche Familien, die nicht den Verlust eines Angehörigen zu beklagen hätten. Die Kulturvölker Europas sind zu einem edleren Wettstreit berufen als zu gegenseitigem Blutvergießen. So lange unsere Feinde aber zu einem Friedensschluß erst dann geneigt sind, wenn Deutschland vollständig besiegt ist, können die im Reichstag gehaltenen Reden nur zur Verlängerung des Krieges beitragen. Wir können jedenfalls durchhalten. Unsere Feldgrauen in Rußland können über Entbehrungen nicht klagen. Unsere wirtschaftliche und finanzielle Lage ist in jeder Beziehung befriedigend. Die Nahrungsmittel haben allerdings eine große Preissteigerung erfahren. Unser Volk braucht aber nicht zu hungern. Wir leben nicht im Ueberfluß, wir können aber auskommen. Wir müssen allerdings verlangen, daß wir für die gebrachten Opfer hinreichend entschädigt werden. Außerdem müssen wir Sicherheit verlangen, die uns einen dauernden Frieden verbürgt, es den Feinden unmöglich macht, uns noch einmal zu überfallen. Wir werden nach Friedensschluß hohe Steuern zu zahlen haben. Wir müssen aber auch verlangen, daß dem deutschen Volke die Rechte gewährt werden, auf die es volles Anrecht hat. Wir wollen, daß für unsere heimkehrenden braven Truppen bzw. deren Hinterbliebenen ausreichend gesorgt wird, wollen, daß nach dem Kriege alles kleinliche Parteigegensatz, aller Kleinmut und alle Verärgerung schwindet und wir ein einiges, politisch freies wirtschaftlich starkes Volk von Hamburg und Berlin bis Konstantinopel und Bagdad werden.

Das Schicksal Elsas-Lothringens.

Zu der durch Wolffs Bureau übermittelten Erklärung des Reichsanwalts über Elsas-Lothringen schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„Daß seit längerer Zeit über eine Änderung der staatsrechtlichen Stellung Elsas-Lothringens, wenn auch nur „gesprächsweise“ verhandelt wurde, war uns bekannt. Gerade deshalb erscheint es uns willkommen, daß irgendeine Entscheidung noch nicht getroffen und der Bundesrat mit der Angelegenheit noch nicht befaßt worden ist. Darüber, ob eine Änderung überhaupt angebracht sei, möchten wir uns vorläufig einer bestimmten Meinungsäußerung enthalten; aber man darf erwarten, daß auch von anderer Seite, solange der Krieg und damit auch die Beschränkung der öffentlichen Kritik dauert, keine feststehenden Tatsachen geschaffen werden. Da die Reichstagsverhandlung vom 9. Dezember gezeigt hat, daß über die künftige Zugehörigkeit Elsas-Lothringens zum Reich auch nicht der Schatten einer Meinungsverschiedenheit besteht, so ist es wohl angebracht, die staatsrechtliche Stellung Elsas-Lothringens zum Reich während der Dauer des Krieges als ein noli me tangere zu behandeln. Unter allen Umständen wäre es notwendig, irgendeinen Schritt auf diesem Gebiet nur unter der formellen Zustimmung des Reichstages zu tun. Mit weisem Vorbedacht hat Kaiser Bismarck die Beziehungen Elsas-Lothringens zum Reich und den Einzelstaaten durch den Reichstag im Gesetz vom 9. Juni 1871 festlegen lassen. Damit ist schon gesagt, daß eine etwaige Änderung dieses Verhältnisses wieder nur durch den Reichstag erfolgen könnte. Aber dazu wird nach dem Kriege Zeit genug sein.“

Der nationalliberale „Deutsche Kurier“ bemerkt: „Die Fassung dieser Erklärung läßt den Schluß zu, daß die Regierung sich mit der Absicht trägt, in dem staatsrechtlichen Zustand der Reichsländer eine Änderung eintreten zu lassen. Daß diese während des Krieges nicht erfolgen wird, daran dürfte nicht zu zweifeln sein, und was die Festlegung des Programms betrifft, von dem der Stellvertreter des Reichsanwalts bemerkt, daß die bisherige gesprächsweise Behandlung der Frage zu einem solchen noch nicht geführt hat, so wird sie sicher nicht ohne Befragung des Reichstages erfolgen können.“

Annahme des bayerischen Militäretats.

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten wurde der Militäretat einstimmig, auch von den Sozialdemokraten, angenommen. Ohne Aussprache wurde dann das Gesetz zur Wahrung der

politischen Rechte der Kriegsteilnehmer einstimmig angenommen.

Darauf trat man in die Besprechung des Gemeindebeamtengesetzes ein.

Aus der bayerischen Kammer.

München, 16. Dezember. (M. Z. B.) In der heutigen Abend Sitzung der Kammer der Abgeordneten erklärte bei der Beratung des Gemeindebeamtengesetzes Minister des Innern Dr. Frhr. v. Soden u. a., daß die Regierung gegen den sozialdemokratischen Antrag betreffend Anpassung des Beamtengesetzes an das Gemeindebeamtengesetz hinsichtlich der Frage der Beteiligung von Beamten an sozialdemokratischen Vereinen keine Einwendungen erhebe, wenn der Antrag die Mehrheit finde. Die Grundzüge, von denen die Erklärungen der Regierung vom 20. Oktober 1915 zu Artikel 12 und vom 11. November 1915 zu Artikel 16 des Gemeindebeamtengesetzes sowie bei Beratung der Revisionsinterpellation am 24. November 1915 ausgingen, wurden auch bei Vollzug des Staatsbeamtengesetzes maßgebend sein. Die Kammer der Abgeordneten nahm schließlich, nachdem alle Änderungsanträge abgelehnt worden waren, das Bayerische Gemeindebeamtengesetz, das die Kammer schon seit Jahren beschäftigt, in namentlicher Abstimmung mit 94 gegen 68 Stimmen an; die Sozialdemokraten hatten geschlossen dagegen gestimmt. Mit dem Gesetz, das nunmehr an die Reichstagskammer geht, werden die Verhältnisse der Gemeindebeamten analog jenen der Staatsbeamten gesetzlich geregelt.

Ein neuer Wehrbeitrag.

Zu der Beratung des Gesetzes über die Besteuerung der Kriegsgewinne haben die Sozialdemokraten einen Antrag eingebracht, der die Verbündeten Regierungen ersucht, als bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Erhebung eines erneuten Wehrbeitrages im Laufe des Steuerjahres 1916/17 vorseht. Personen, die infolge einer Erhöhung ihres Vermögens oder Einkommens in den Kreis der Beitragspflichtigen oder in eine höhere Beitragsstufe aufrücken, haben dies anzumelden. In Fällen, wo eine beträchtliche Verminderung des Vermögens oder Einkommens nachgewiesen wird, ist auf Antrag eine entsprechende Ermäßigung des Beitrages zu gewähren.

Dieser Antrag deckt sich mit einem ähnlichen Antrage, den unsere Parteigenossen schon in der Budgetkommission des Reichstages eingebracht haben. Das einzige Argument, das die Regierung gegen den Antrag vorbringen konnte, war, daß nicht genug Beamten zur Verfügung ständen, um die nötigen Vorarbeiten leisten zu können.

Konfiskation unlauterer Kriegsgewinne.

Ein Antrag, der von Mitgliedern aller Parteien unterschrieben ist, und der jedenfalls am Montag im Reichstagsrat zur Verhandlung kommen wird, ersucht den Reichsanwalt: 1. Maßnahmen zu treffen, um unter voller Wahrung der Interessen des realen Geschäftsbetriebes die Untersuchung und Feststellung von Fällen herbeizuführen, in denen durch Kriegslieferungen, Vorbereitung, Vermittlung, Beförderung oder Verschaffung von Kriegslieferungen oder eine andere Mitwirkung bei ihnen ein übermäßig hoher unlauterer Gewinn erzielt worden ist; 2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den für den Fiskus ein Anspruch auf Herausgabe solcher Gewinne begründet wird.

Der Antrag deckt sich mit den Wünschen, die in der Budgetkommission des Reichstages geäußert worden sind. Man glaubt den Zweck am besten dadurch zu erreichen, daß man dem Gericht die Möglichkeit gibt, sobald ein unlauterer Kriegsgewinn festgestellt ist, neben der Verurteilung des Angeklagten auch gleich die Konfiskation des Gewinnes zu bestimmen.

Einstellung bayerischer Arbeitssoldaten in das Feldheer.

König Ludwig hat mit einer Entschliehung vom 11. Dezember über die Einstellung von Arbeits Soldaten in die Feldtruppen folgende Bestimmungen erlassen:

1. Den stellvertretenden kommandierenden Generalen wird die Befugnis erteilt, während des Kriegszustandes abweichend von den Bestimmungen in der Dienstvorschrift für die Arbeiterabteilung, die Kriegsverwendungsfähigen Arbeits Soldaten ohne vorangegangene Rehabilitation, jedoch nach Prüfung der Würdigkeit, in jedem Falle widerruflich in die Feldtruppen einzustellen, damit auch sie der Ehre teilhaftig werden können, mit der Waffe für das Vaterland einzutreten. 2. Arbeits Soldaten, die früher der Marine angehört haben, sind auf Anforderung des Chefs der Marinestation der Ostsee oder der Nordsee zur Einstellung in die Marine freizugeben.

„Deutsche Stimmen.“

Die Zeitschrift der Nationalliberalen Partei erscheint vom Dezember 1915 ab in größerem Umfang als Halbmonatsschrift unter dem Namen „Deutsche Stimmen“ und unter neuer Leitung. Der Herausgeber, das nationalliberale Reichstagsmitglied Dr. Hugo Vöttger, sagt in der Einführung:

„Es machen ihm jetzt, wo sich das Vaterland zu einer kräftigen Ausgestaltung des inner- und auherpolitischen Daseins rüftet, große Aufgaben zu. Soll doch der Partei, wie wir erwarten, bei der Erneuerung des Kultur- und Wirtschaftslebens und bei der Politisierung des Deutschen Volkes das seltene Glück blühen, wichtige Teile ihres Programms zu verwirklichen. Das Verständnis unseres Volkes und das Interesse für die Fragen der auswärtigen Politik, das so lange gekümmert hat und durch die Erschütterung des Weltkrieges geweckt worden ist, darf nicht wieder schlafen gehen. Und da sollen und wollen die „Deutschen Stimmen“ nach ihren Kräften an all dem neuen Leben mitwirken, die großen Aufgaben vorbereiten helfen und die Anregungen und Gedanken der Parteifreunde für das freie und vaterländische Leben sammeln und weitergeben.“

Feuerungszulagen in Sachsen. Die sächsische Regierung erklärte sich bereit, abermals Feuerungszulagen an bedürftige Beamte und Staatsarbeiter zu bewilligen. Hierzu wurde ein Betrag von drei Millionen Mark jährlich ausgefakt.

Burgfriedliches.

Das Stadtverordnetenkollegium in Hölshheid (Kreis Solingen) wählte im April d. J. den Genossen Albert Freund und im Mai den Genossen Karl Klein zu Weigeordneten. Beide Wahlen sind bis heute noch nicht bestätigt. In verschiedenen Sitzungen und Besprechungen versuchte der Landrat des Kreises, Dr. Lucas, unsere Stadtverordnetenfraktion zu bewegen, auf einen Weigeordneten zu verzichten, einer werde sicher bestätigt. In einer Besprechung, die vor wenigen Tagen zwischen dem Landrat, dem Bürgermeister von Hölshheid und mehreren unserer Fraktionsmitglieder stattfand, sprach der Landrat sogar die Befürchtung aus, daß, wenn unsere Fraktion nicht auf einen Weigeordneten verzichte, der Fall eintreten könne, daß die Regierung der sehr armen Stadt die Zuschüsse entziehe oder kürze. Es wäre nicht uninteressant, zu erfahren, was die Regierung von dieser Be-

Richtung des Landrates denkt. Die eventuelle Rückbestätigung eines der beiden Genossen wurde auch als in seiner Person begründet in Aussicht gestellt. Welchen der beiden dieses Schicksal treffen könnte, wurde allerdings noch nicht gesagt. Unserer Fraktion wurde noch anheimgegeben, doch bei der nächsten Beigeordnetenwahl in drei Jahren den zweiten Beigeordneten aus unserer Partei zu wählen, der werde dann bestimmt bestätigt.

Die österreichische Regierung und die polnischen Revolutionen.

Die österreichische Zeitschrift „Polen“ veröffentlicht den Wortlaut der nachfolgenden vom 1. und 1. Kreiskommando in Petrikau an die Schulverwaltungen des Bezirks gerichteten Verordnung:

„Es wird der Schulverwaltung zur Kenntnis gebracht, daß es zulässig ist, am 29. November, als dem Jahrestage der polnischen Revolution vom Jahre 1830/31, eine Schulfeier zu veranstalten. Insofern die Schulverwaltung geneigt ist, eine Feier zu veranstalten, sollen die Kinder um 10 Uhr vormittags sich in einem größeren Saal versammeln, wo ein Lehrer eine Ansprache oder einen Vortrag halten soll, worauf Gesangsproduktionen und Vorträge der Kinder zu folgen haben.“

Zu ähnlicher Weise können der Jahrestag der Revolution vom Jahre 1863 und die Verfassung vom 3. Mai 1791 gefeiert werden.

Neuer schweizerischer Bundespräsident.

Bern, 16. Dezember. (B. Z. W.) Die vereinigte Bundesversammlung unter dem Vorsitz des Nationalratspräsidenten Engster hat zum Bundespräsidenten für 1916 den bisherigen Vizepräsidenten Camille Decoppet mit 185 von 188 gültigen Stimmen gewählt. Der neue Bundespräsident gehört dem Bundesrat seit Juli 1912 an, wo er als Nachfolger von Ruchet gewählt wurde. Er stammt aus Suseboz bei Yverdon und steht im Alter von 53 Jahren. Vor seinem Eintritt gehörte er lange dem waadtländischen Staatsrat an. Zum Vizepräsidenten des Bundesrates für 1916 wurde mit 180 von 187 gültigen Stimmen gewählt Bundesrat Edmund Schultheß von Willnachern (Aargau), der ebenfalls im Juli 1912 als Nachfolger von Deucher in den Bundesrat eintrat. Der neue Vizepräsident ist 47 Jahre alt.

Das tägliche Brot.

Höchstpreise für Marmelade.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrates vom 11. November 1915 wird über die Regelung der Preise für Marmeladen folgendes bestimmt:

- I.
 - Im Sinne dieser Bekanntmachung gelten als
 - Sorte I: Marmeladen, die nur aus einer Fruchtart hergestellt werden, mit Ausnahmen von Apfelmarmeladen;
 - Sorte II: Marmeladen, die aus höchstens vier Fruchtarten hergestellt werden, sofern sie nicht unter Sorte I fallen und nicht eine Apfelsinewoge von mehr als der Hälfte der Gesamtmenge enthalten;
 - Sorte III: Keine Apfelmarmeladen sowie Marmeladen aus Früchten aller Art, sofern sie nicht unter die Sorte I und II fallen und nicht eine Einwoge von Fruchtstücken von mehr als ein Viertel der Gesamtmenge enthalten;
 - Sorte IV: Marmeladen aus Früchten oder Fruchtstücken ohne Zusatz von Säben und Kartoffeln, sofern sie nicht unter Sorte I bis II fallen (Kunstarmeladen);
 - Sorte V: Marmeladen mit Zusatz von Säben und Kartoffeln.

II. Der Preis für 50 Kilogramm darf beim Verkauf durch den Hersteller folgende Sätze nicht überschreiten:

	Sorte			
	II	III	IV	V
1. bei Verpackung in Fässern oder in sonstigen Gefäßen über 15 Kilogramm einschließlich Verpackung . . .	45,00	35,00	30,00	25,00
2. bei Verpackung in Blech-eimern oder in sonstigen Gefäßen (außer Fässern) von über 10 bis einschließlich 15 Kilogramm . . .	48,00	34,00	29,00	25,00
von 5 bis einschließlich 10 Kilogramm . . .	47,00	37,00	32,00	27,50
unter 5 Kilogramm . . .	51,00	41,00	35,00	30,00

Die Preise schließen die Kosten der Verpackung, die Beförderung zur nächsten Verladestelle (Wahn- oder Wasserweg) des Herstellers und die Verladung daselbst ein. Sie werden in den Fällen unter I nach dem Reingewicht, in den Fällen unter II nach dem Rohgewicht (brutto für netto) berechnet.

Die Preise gelten nicht für den Verkauf durch den Hersteller an den Verbraucher.

Für Sorte I werden Höchstpreise vorläufig nicht festgelegt.

III. Insofern Marmeladen gemäß § 3 der Verordnung vom 11. November 1915 Höchstpreise für die Abgabe im Kleinhandel an den Verbraucher festgelegt werden, dürfen sie für 0,5 Kilogramm folgende Sätze nicht überschreiten:

	Sorte			
	II	III	IV	V
1. beim Verkauf von pfundweise ausgewogener Ware . . .	0,50	0,50	0,40	0,35
2. beim Verkauf in ganzen Blech-eimern oder sonstigen Gefäßen von über 10 bis einschließlich 15 Kilogramm . . .	0,55	0,45	0,36	0,32
von 5 bis einschließlich 10 Kilogramm . . .	0,60	0,50	0,40	0,35
unter 5 Kilogramm . . .	0,65	0,55	0,44	0,38

Die Preise werden in den Fällen unter 1. nach dem Reingewicht, in den Fällen unter 2 nach dem Rohgewicht (brutto für netto) berechnet.

Bei einer Herabsetzung der Herstellerpreise gemäß § 2 der Verordnung vom 11. November 1915 ermäßigen sich diese Sätze entsprechend.

IV. Diese Bestimmungen treten mit dem 1. Januar 1916 in Kraft.

Einschränkung des Kuchenbackens und der Herstellung von Süßigkeiten.

Amtlich. Berlin, 16. Dezember. (B. Z. W.) Der Bundesrat hat am 16. Dezember eine Verordnung über die Bereitung von Kuchen sowie eine Verordnung über die Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade erlassen. Die Verordnungen bezwecken, eine Vorratsstreckung von Eiern, Speisefetten, Zucker, Milch und Sahne. Für die gewerbliche Herstellung von Kuchen, Torten und Makronen werden Vorschriften über die Zusammenfassung der Teige und Massen gegeben. Die gewerbliche Herstellung von Backwaren in siedendem Fett, Baumkuchen, Fettstreußen, Eiseiweiß, Fett-, Milch- und Sahnecremen wird verboten. Als Triebmittel ist Backpulver gestattet, Gese verboten.

Die Hausbäckerei wird an sich von der Verordnung nicht betroffen. Das Ausbacken von Teigen und Massen, die nicht in gewerblichen Betrieben hergestellt sind, wird aber für gewerbliche Betriebe verboten. Für Keks-, Zwieback-, Honig-, Pfeffer- und Lebkuchenfabriken, die von der Reichsgetreidestelle mit Getreide oder Mehl beliefert werden, gelten die Vorschriften der Verordnung nicht. Da mit ihnen von der Reichsgetreidestelle bereits ähnliche Abmachungen getroffen worden sind.

Die Süßigkeitenverordnung gestattet den gewerblichen Betrieben, in denen Süßigkeiten hergestellt werden, für das Jahr 1916 nur noch die Hälfte der Zuckermenge zu Süßigkeiten zu verarbeiten, die sie vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 hierzu verarbeitet haben. Milch, Sahne und Fett dürfen zur gewerbmäßigen Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade nicht verwendet werden.

Der Bundesrat hat ferner eine Verordnung über Zeitungsanzeigen erlassen, nach der in periodischen Druckchriften Angebote über Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere Nahrungs- und Futtermittel aller Art sowie rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, Düngemittel oder Gegenstände des Kriegsbedarfs nicht angezeigt oder eingefordert werden dürfen.

Zur Verteilung der Butter.

Der Bundesrat hat Verordnungen über die Preisregelung beim Verkauf von Butter getroffen und weiterhin festgelegt, daß vom Ausland eingeführte Butter nur durch die „Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H.“ in den Verkehr gebracht werden darf und daß 15 Proz. der Buttermenge von Volkereien, die im Jahre 1914 500 000 Liter Milch oder eine entsprechende Menge Rahm verarbeitet haben, der Zentral-Einkaufsgesellschaft überlassen werden müssen. Bei der Verteilung der erworbenen Buttermengen hat die „Zentral-Einkaufsgesellschaft“ die Anweisungen des Reichslandwärters zu befolgen. Es ist nun vorgehen, die Unterverteilung der zur Abgabe kommenden Butter an den Kleinhandel unter Heranziehung der Gemeinden und Kommunalverbände vorzunehmen. Um einen sicheren Maßstab für den Bedarf und die Verteilung an die einzelnen Händler zu gewinnen, stellen bereits die Kommunalverbände Erhebungen darüber an, welchen Umsatz die Butterhändler im letzten Sommerhalbjahr erzielt haben. In welcher Weise dann der Verkehr und Verbrauch mit Butter geregelt wird, unterliegt der Entscheidung der Kommunalverbände. Es soll hauptsächlich ein Ausgleich zwischen Bedarf und Erzeugungsgeländen geschaffen werden. Für die von der Zentral-Einkaufsgesellschaft bezogene ausländische Butter über den Höchstpreis kann beim Weiterverkauf der Höchstpreis entsprechend überschritten werden. Die Gemeinden sind indessen verpflichtet, auch die Preise für solche Butter festzusetzen, und können in solchen Bezirken, die in erheblichem Umfang auf ausländische Butter angewiesen sind, Ausgleichspreise für in- und ausländische Butter bestimmen. Schon in nächster Zeit wird hiernach eine Regelung der Butterverteilung hinsichtlich der von der Zentral-Einkaufsgesellschaft zur Verfügung gestellten, naturgemäß beschränkten Mengen erfolgen.

Verbot des Milchverkaufs.

Der Gouverneur der Preßburg Provinz hat die Verabschiedung von Milch (auch als Schokolade, Kakao und zu Kaffee und Tee) nach vormittags 10 Uhr in allen öffentlichen Lokalen verboten.

Die englische Regierung und die hohen Getreidepreise.

In der Unterhausdebatte vom 9. Dezember 1915 erklärte der englische Handelsminister Mr. Runciman, daß der Preis für nordamerikanischen Weizen in London heute um 28 Schilling per Quarter (also um circa 110 M. die Tonne) und der Mehlpreis in London um 20 Schilling per Sak (d. h. um circa 16 M. pro Doppelzentner) höher sei als vor zwei Jahren. Die Angelegenheit unterliege der dauernden Aufmerksamkeit der Regierung, die Befestigung von Höchstpreisen sei jedoch nicht wünschenswert, da eine solche Maßnahme die Zufuhr ungünstig beeinflussen müsse. (B. Z. W.)

Stadtverordnetenversammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 16. Dezember 1915, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Mischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Der Zahlung einer Vergleichssumme von rund 214 000 M. an Reußlin als Zuschuß zu den Schullasten hat der niedergelagte Sonderausfluß, namens dessen Stadtr. Düring (Fr. Fr.) berichtet, einmütig zugestimmt. Es sollen damit die von Reußlin für die Rechnungsjahre 1898 bis 1908 erhobenen Ansprüche endgültig abgegolten werden; für die Zeit von 1909 ab nimmt das Streitverfahren seinen Fortgang. Die zwischen Berlin und den verschiedenen Vorortgemeinden um die Aufbringung der Schullasten geführten Prozesse haben sich ungemein in die Länge gezogen; Reußlin projiziert schon 15 Jahre gegen Berlin. Der Vergleich ist vom Oberverwaltungsgericht den Parteien aufs dringendste empfohlen worden.

Ohne Diskussion beschließt die Versammlung gemäß dem Ausschlußvorschlag

Vom 1. Januar 1916 ab sollen, da die Abänderung der Tarife für die Lieferung des elektrischen Stroms während des Krieges nach der Ansicht des Magistrats undurchführbar ist, wenigstens die sonstigen Lieferungsbedingungen im Interesse der Stromverbraucher gemildert werden. In Fortfall kommen sollen die Kosten für die Hausanschlüsse, d. h. die Verbindungskabel vom Verteilungsbüchse bis zur Hauptzuleitung, einschließlich der Lehteren; diese Hausanschlüsse sollen künftig als zu dem Leitungsbüchse gehörig und grundsätzlich für Rechnung der Werke ausgeführt werden. Wegfallen soll ferner die bisher erhobene Gebühr für die Abnahmeprüfung der an das Leitungsbüchse anschließenden Neuanlagen, da diese Gebühr ebenso wie diejenige für die Hausanschlüsse immer wieder zu Reklamationen und Reibungen geführt hat und eine stetig steigende Quelle der Unzufriedenheit gewesen ist. Sodann soll der Tarif für hochgespannte Elektrizität zugunsten der Abnehmer insofern reformiert werden, als man von der Verzehrdauer als Faktor für die Preisnormierung in Zukunft absehen will. Der Verzehrdauer sollen vom 1. Januar 1916 ab zugrunde liegen: die vom Abnehmer entnommene Leistung und sein Verbrauch; letzterer wird einheitlich mit 3 Pf. für die Kilowattstunde verrechnet, und daneben ist eine Grundgebühr für jedes Kilowatt der entnommenen Höchstleistung nach einem Tarif zwischen 10 und 7 M. monatlich zu entrichten. Der die Leistung ermittelnde Leistungszeiger soll nicht wie bisher nur in den Wintermonaten von 4 bis 7 Uhr eingeschaltet werden — was zu ständigen Differenzen mit den Abnehmern geführt hat —, sondern dauernd zu allen Tagesstunden messen. Diese Änderungen stellen die Lieferungsbedingungen im wesentlichen denen gleich, die in den Vororten gelten. Daneben ist der Diktator die Befugnis, Sonderabmachungen zu treffen, vorbehalten geblieben. Endlich soll in den Verträgen eine Kohlenklausel vorgesehen werden, jedoch die Diktator ermächtigt sein, in besonderen Fällen davon Abstand zu nehmen.

Stadtr. Heimann (Soz.): Auch wir haben oft zum Ausdruck gebracht, daß wir während des Krieges davon absehen wollen, irgendwelche erhebliche Änderungen des Tarifs durchzuführen zu helfen, weil solange das notwendige Korrelat solcher Änderungen bzw. Verbilligungen, die Ausdehnung des Abnehmerkreises, kaum oder gar nicht zu erwarten ist. Eine Ausnahme haben wir sämtlich nur in der Frage der Hochspannungstarife gemacht. War die Tarifpolitik der B. G. W. vielfach angreifbar und anstößig, so stand sie auf dem Gebiete dieser Tarife den Berliner städtischen Interessen

direkt entgegen und bewirkte, daß zahlreiche große Unternehmungen in die Vororte zogen, um dort die günstigeren Tarife zu genießen. Wir sind mit der vorgezeichneten Neuregelung einverstanden, ebenso damit, daß die Diktator befugt sein soll, innerhalb des neu festgelegten, ziemlich weit gesteckten Rahmens bei Bedarf mit einzelnen Unternehmern besondere Abkommen zu treffen. Hoffentlich wird es der rührigen Diktator gelingen, namentlich neben den vorhandenen zahlreiche neue Abnehmer für den hochgespannten Strom zu finden. Die beiden weiteren Vorschläge der Vorlage, der Fortfall der Gebühren für die Prüfung von Installationen und für die Hausanschlüsse bei Nichtüberreichung einer bestimmten Länge bringen den Werken zwar Erleichterung, aber diese sind verhältnismäßig ganz minimal, und die Vorschläge sind zu begrüßen, weil die Art der Erhebung dieser Beiträge eine für alle Beteiligten unangenehme und veratorische Maßnahme darstellt. Wir sind daher bereit, die Vorlage ohne Ausschlußberatung anzunehmen. Die heute vorgezeichneten Tarifänderungen wie auch andere, die hoffentlich bald Ihrer Beschlußfassung werden unterbreitet werden können, sind im Ausschussrat sehr eingehend durchberaten worden. Die von mir dabei gemachten Erfahrungen und gewonnenen Eindrücke haben mich in der Auffassung befestigt, die wir von Anfang an gehabt haben, daß es durchaus im Interesse der Sache liegt, sobald wir wieder Frieden und geordnete Zustände haben, für die Herstellung und Abgabe von Gas und Elektrizität nicht wie jetzt zwei völlig getrennte Verwaltungen bestehen zu lassen, sondern diese zusammenzulegen und zu vereinheitlichen. Da solche Organisationsänderungen schwierig sind, da sie erfahrungsgemäß zuerst lebhaftes Widerstände hervorzurufen pflegen und daher geraume Zeit zum Ausreifen gebrauchen, habe ich geglaubt, schon heute bei der ersten sich bietenden Gelegenheit diesen unseren Wunsch hier aussprechen zu sollen. Ich bin überzeugt, daß auf die Dauer die zahlreichen und schwerwiegenden Entschlüsse, die in Zukunft bei beiden Verwaltungen getroffen werden müssen, sich nur dann schnell, zweckentsprechend und ohne Reibungen werden lassen können, wenn beide unter einer Spitze vereinigt sind. (Zustimmung.) Wir zweifeln nicht, daß die Entwicklung der Dinge zwingend zu dieser Zusammenlegung führen wird, und wir halten es daher im Interesse der Bevölkerung wie auch der städtischen Finanzen für durchaus angezeigt, eine solche Organisationsänderung ernstlich ins Auge zu fassen, sobald es die Verhältnisse gestatten. (Beifall.)

Stadtr. Rosenow (Fr. Fr.): Auch wir nehmen die Vorlage, wie sie ist, an, da sie bringt, was wir erwarren haben, und wir annehmen können, daß nun der Abzug der Großbetriebe in die Vororte verhindert werden wird. Der Gedanke der Zusammenlegung der beiden Verwaltungen ist im Ausschussrat ja auch schon besprochen worden. Früher oder später wird ja wohl die oberste Leitung vereinheitlicht werden; ob und wieweit das hinsichtlich der eigentlichen technischen Verwaltung geschehen kann, das schon jetzt zu erörtern wäre verfrüht. Jedenfalls wird es gut sein, die Verwaltung beider Werke von dem gleichen etwas mehr kaufmännischen Geiste durchdringen zu lassen.

Stadtr. Dr. Leub II (Linke) begrüßt ebenfalls die Vorlage, die jetzt den Stromabnehmern mindestens dieselben Vorteile bietet, wie sie irgendeiner der Vororte gewährt. Mit der Zeit würden noch weitere Verbesserungen geboten werden können. Der Idee der Vereinheitlichung ständen auch seine Freunde sympatisch gegenüber; zurzeit sei die Frage zur Entscheidung jedoch noch nicht reif.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

Die Vorlage betr. die Nachbewilligung von weiteren 300 000 M. für die freie Mittagsspeisung (Schulspeisung) bedürftiger Gemeindschulkinder entsprechend dem Wunsche des Magistrats in geheimer Sitzung beraten werden.

Die Mehrkosten für die Erweiterung des Getreidespeichers auf dem Ophajengelände werden mit 8240 M. bewilligt.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen von unerheblichem Interesse schließt die öffentliche Sitzung gegen 1 1/2 Uhr.

Krawattenfabrikant Steinberg verurteilt.

Zum drittenmal hatte sich am Donnerstag die Kammer 2 des Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Justizrats Maruse mit der Klage gegen den Krawattenfabrikanten C. F. A. Steinberg zu beschäftigen.

Ueber die beiden vorhergegangenen Termine haben wir seinerzeit berichtet. Steinberg verdrängte in hiesigen Zeitungen Inserate, wodurch er besseren Damen lohnende, regelmäßige Heimarbeit verspricht und denen, welche in der Arbeit nicht bewandert sind, Gelegenheit zum Erlernen bietet. Die Klägerin, Frau Kreis, ist auf Grund derartiger Inserate mit Steinberg in Verbindung getreten, hat gegen Zahlung eines Lehrgeldes von 20 M. einen Lehrcursus im Krawattennähen bei der Frau des Beklagten Steinberg durchgemacht, aber nach Beendigung der Lehrzeit keine lohnende und regelmäßige Arbeit von Steinberg bekommen. Auch in anderen Krawattenfabriken bekam die Klägerin keine Arbeit, weil sie bei Frau Steinberg nicht entfernt soviel gelernt hatte, um als Krawattenarbeiterin Beschäftigung zu finden. Die Klägerin fordert Rückzahlung des Lehrgeldes, weil sie der Beklagte durch arglistige Täuschung zum Abschluß des Lehrvertrages veranlaßt und das Versprechen lohnender Beschäftigung nicht erfüllt habe. Im vorigen Termin wurden einige Zeuginnen vernommen, welche ähnliche Erfahrungen mit Steinberg gemacht hatten, wie die Klägerin. Auch die Zeuginnen sind durch die Aussicht auf lohnende Arbeit ein Lehrverhältnis eingegangen, in ihren Hoffnungen auf lohnende und dauernde Arbeit aber getäuscht worden. Steinberg suchte einen Entlastungsbeweis anzutreten. Dieser fiel weit über unsere Annahme im letzten Bericht hinaus in der gestrigen Verhandlung völlig ins Wasser.

Das Gericht beurteilte den Beklagten, die 20 M. Lehrgeld an die Klägerin zurückzugeben. Die Urteilsbegründung sagte im wesentlichen: Der Vertrag zwischen den Parteien ist zustande gekommen auf Grund eines Zeitungsinsets, welches besseren Damen lohnende, regelmäßige Heimarbeit und bei Nichtkenntnis ungeniertes Erlernen verspricht. Der Klägerin ist ein Prospekt übergeben worden, der ebenfalls lohnende Arbeit in Aussicht stellt. Es ist sogar von einem täglichen Verdienst von 7 bis 8 M. die Rede. Um das glaubhaft zu machen, führt der Prospekt eine Reihe von Anerkennungsbriefen an. Ueber den Begriff „lohnende Arbeit“ kann man verschiedener Meinung sein. Es muß nach der Verkehrssitte entschieden werden, was lohnende Arbeit ist. Das Gericht ist von einer sehr milden Auffassung ausgegangen, als es dem Beklagten aufgab, nachzuweisen, daß Arbeiterinnen bei ihm einen Wochenverdienst von 18—20 M. erzielten. Diesen Beweis hat der Beklagte nicht angetreten und nicht antreten können. Es muß also angenommen werden, daß er keine lohnende Arbeit vergeben hat. Festgestellt ist, daß der Beklagte Arbeiterinnen an andere Betriebe überwiesen hat, wo sie aber nur 10—12 M. wöchentlich verdienen konnten. Das ist keine lohnende Arbeit. Demnach muß die Zusicherung des Beklagten, Heimarbeiterinnen lohnenden Verdienst zu geben, objektiv und subjektiv als arglistige Täuschung angesehen werden. Der Beklagte hat selbst gesagt, daß sich die Zeitungen viel mit seinem Geschäftsbetrieb beschäftigt haben und er dadurch erheblich geschädigt worden sei. Er wußte also, welcher Wert in der Öffentlichkeit auf die Zusicherung lohnenden Verdienstes gelegt wird und durfte schon deshalb nicht versprechen, was er nicht halten kann. Der durch arglistige Täuschung zustande gekommene Vertrag ist nichtig, die Klägerin hat deshalb Anspruch auf Rückzahlung des Lehr-

Die Angeklagte Frau Margarete Schaper, deren Ehemann im Felde steht, ist Mutter eines unehelich geborenen, jetzt achtjährigen Knaben Walter Ernst. Das Kind hatte seiner Zeit Aufnahme bei einem Ehepaar gefunden und hatte es bei diesem sehr gut, da es dort wie ein eigenes Kind versorgt wurde. Als dann der Pfleger Vater starb, wurde der kleine Knabe an die natürliche Mutter zurückgegeben. Nun begannen böse Tage für das Kind, da ihm die mütterliche Liebe völlig verweigert wurde. Nach den Ergebnissen der Vernehmungsmuster wurde der kleine Knabe in aller Frühe aufstehen, die Stube reinmachen und aufwischen, er mußte ferner seinen Halbgewissern die Stiefel putzen und wurde, wie von Feinden bedrückt, bei jeder Gelegenheit von der Mutter brutal mißhandelt, wobei Ausklopper, der Stiel eines Kinderpatens u. a. als Züchtigungswerkzeuge, die manchmal auch nachts in Anwendung gekommen sein sollen, benutzt wurden. Schließlich konnten die Hausnachbarn diese „Erziehungsmethode“ nicht mehr mit ansehen, sie erstatteten Anzeige bei der Polizei und veranlaßten so das Strafverfahren. Die Angeklagte befreit, ihr mütterliches Pflichtenverhältnis überhört zu haben. Das Gericht war jedoch anderer Ansicht und verurteilte sie zu vier Wochen Gefängnis. Der Knabe ist inzwischen bei anderen Leuten untergebracht.

Aus aller Welt.

Wie du mir, so ich dir.

In der „Bittauer Morgenzeitung“ befand sich kürzlich folgende Bezeichnende Bekanntmachung: „Achtung! Allen den Landwirten von Jonsdorf zur Nachricht, welche mir die Butterlieferung verweigern (was am guten Willen liegt), daß ich von heute ab für dieselben keine Stiefel mehr stifde und bitte, bei mir noch befindliche Sachen bis zum 18. d. M. abzuholen und das Konto zu begleichen. G. A. L. Schuhmacher.“

Der Jörn des ehrlichen Schuhmachers ist angefaßt des Butterhahns, den seine Lieferanten ausüben, begreiflich. Dessen wird ihm aber seine energische Gegenwehr jedenfalls nicht, denn die Landwirte haben stets mehr zusammengehalten als die Schuhmacher.

Eine Revolverse im Schulzimmer. Im Schulzimmer eines bei Friedland in Mecklenburg-Strelitz gelegenen Gutes kam es zwischen dem Lehrer und der Mutter eines Schulknaben zu einem blutigen Austritt. Der Junge widerlegte sich während des Unterrichtes einer ihm zugehenden Züchtigung, als unerwartet die Mutter eintrat und auf den Lehrer und auf dessen hinzukommende Ehefrau einschlug. Es war nicht möglich, die rasende Frau zu beruhigen oder aus dem Zimmer zu bringen, infolgedessen der Lehrer schnell einen Revolver aus dem Nebenzimmer holte und auf die Frau einen Schuß abgab. Sie trug eine Verwundung in der Lebergegend davon. Der Vorfall beschäftigt bereits die vorgesetzte Behörde.

Trichinose. In Dolinstein (Mittelfranken) erkrankte die ganze Familie des Wagenmeisters Rörner an Trichinose. Zwei Töchter sind bereits gestorben, Vater und Sohn schwanden in Lebensgefahr. Das Fleisch des im Hause geschlachteten Schweines ist auf behördliche Anordnung beschlagnahmt worden.

Gefährliches Abenteuer in den Bergen. Aus München wird dem „Verl. Logenbl.“ gemeldet: Vor drei Tagen hatten drei in Salzburger Geschäften angestellte Handlungslehrlinge eine Tour über den Olgart des Unterberges unternommen. Am sogenannten wilden Nebengraben glitt plötzlich einer von ihnen, der 15-jährige Lehrling Späth, aus und stürzte über die steile Wand, etwa 70 Meter in die Tiefe. Dort blieb er schwer verletzt liegen. Die beiden anderen Kameraden hielten die ganze Nacht, während ein heftiger Schneesturm tobte, bei dem Verunglückten Wache, bis eine Expedition des Alpenvereins erschien. Als die Retter eintrafen, war der Abgestürzte seinen schweren Verletzungen bereits erlegen. Die beiden anderen konnten halb erfroren zu Tal gebracht werden.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 406 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde 2., 4. und 5. Garde-Reg. u. F.; 7. Garde-Inf.-Reg.; Garde-Gren.-Regiment Auguste (f. auch Inf.-Reg. Nr. 24) und Nr. 5; Garde-Füs.-Reg.; Garde-Landst.-Inf.-Bat. Wandsdorf; Garde-Jäger- und Garde-Ref.-Jäger-Bat. Gren.-Bgn. Inf.-Bgn. Füs.-Regiment Nr. 1, 3, 16, 18, 22 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 157), 24, 25 (f. Inf.-Reg. Nr. 303), 26, 28 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 99), 31, 33, 34, 35, 49, 52, 53, 55, 56, 58, 59, 68, 70, 71 (f. auch Gebirgs-Maschinengew.-Abt. Nr. 223), 76, 78 bis einschl. 84, 86, 90, 92, 98, 99, 109, 111, 112, 118, 128, 129 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 12), 130 (f. auch Stollenbau-Kommando der 86. Inf.-Brig.), 131, 147 bis einschl. 151, 153, 154, 155, 157, 158, 160, 161, 168 bis einschl. 169, 352, 361, 363, 364, 369, 371, 378. Ref.-Inf.-Regiment Nr. 2, 3, 6 bis einschl. 10, 12, 15, 18, 19, 20, 22, 24, 27, 30, 32, 34, 35, 37, 52 (f. auch Gebirgs-Maschinengew.-Abt. Nr. 217), 56, 61, 68, 69, 78 bis einschl. 83, 86, 87, 88, 90, 91, 93, 99, 118, 226, 250, 256, 257, 260, 264, 265 (f. auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 75), 270. Landw.-Inf.-Regiment Nr. 2, 4 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 75), 9 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 379), 11, 16, 18, 25, 28, 30, 31, 33, 34, 39, 52, 53, 56, 61, 75, 82, 93, 379. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 2. Landst.-Inf.-Regiment Nr. 3, 7, 11, 20, 109. Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 29 (f. Inf.-Reg. Nr. 303), 80 (f. Inf.-Reg. Nr. 884). Landw.-Brig.-Erf.-Bat. Nr. 14 (f. Landw.-Inf.-Erf.-Reg. Nr. 2). Landst.-Inf.-Bataillone: Aurich, 4. Bonn, 1. Deub, 2. Heidelberg (f. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 109), 2. Jüterburg, Lennep, 4. Reg. Reutomschel, 3. Tiffit, 1. und 2. II Trier, 1. Wesel. Landst.-Inf.-Erf.-Bataillone: 7. des 7. Armeekorps (Münster) und 6. Sarrlouis. Landst.-Rekruten-Ausbildungs-Bat. des 15. Armeekorps. Jäger-Bataillone Nr. 3, 7, 9; Ref.-Bat. Nr. 5. Gebirgs-Maschinengew.-Abteilungen Nr. 217 und 223; Feld-Maschinengew.-Büge Nr. 78 (f. Inf.-Reg. Nr. 56) und 259 (f. Landst.-Inf.-Reg. Nr. 11).

Kavallerie: Garde-Kürassiere. Kürassiere Nr. 7; Husaren Nr. 14; Jäger zu Pferde Nr. 7; Ref.-Kav.-Abt. Nr. 43. Feldartillerie: 3. Garde-Ref.-Reg. Regiment Nr. 10, 14, 15, 24, 26, 33, 34, 39, 40, 43, 47, 52, 58, 59, 62, 67, 75, 79, 111; Ref.-Regiment Nr. 1, 7, 19, 20, 29, 43, 48, 50, 51, 56, 59; Landw.-Abt. der 4. Landw.-Div.

Fußartillerie: 1. Garde-Reg.; 1. und 2. Garde-Ref.-Reg. Regiment Nr. 1, 3, 4, 5, 16, 20; Ref.-Regiment Nr. 4, 7, 17. Fußart.-Bat. Nr. 50; Batterien Nr. 249, 309, 408. Vermessungs-Abt. Nr. 10.

Pioniere: Erf.-Bat. des Garde-Pionier-Bat. Regiment Nr. 10, 23, 25; Bataillone: I. und II. Nr. 2, I. Nr. 3, II. Nr. 5, II. Nr. 6, I. Nr. 7, II. Nr. 8, I. und II. Nr. 9, II. Nr. 11, I. Nr. 21, I. Nr. 26, III. Nr. 28; Ref.-Bat. Nr. 30; Ref.-Kompagnien Nr. 79 (f. Ref.-Pionier-Bat. Nr. 30) und 84. Sturm-Abt. Minenwerfer-Bat. Nr. 1; Minenwerfer-Komp. Nr. 221; Rittlere Minenwerfer-Abt. Nr. 107; Schwere Minenwerfer-Abt. Nr. 7 (f. Rittlere Minenwerfer-Abt. Nr. 107).

Verkehrstruppen: Militär-Eisenbahndirektionen IV und VI Eisenbahn-Reg. Nr. 4. Eisenbahn-Hilfs-Bat. Nr. 1. Eisenbahn-Betriebs-Komp. Nr. 55. Eisenbahn-Waggon-Komp. Nr. 4. Telegraphen-Bat. Nr. 1. Armeekorps-Reg. Nr. 10; Ref.-Pionier-Abt. Nr. 21. Feldfliegertruppe. Kraftfahrers-Abt. des Marinekorps. Kav.-Kraftwagenkolonne Nr. 18 der Bugarmee. Etappen-Kraftfahrtrupp Nr. 1 der 12. Armee.

Train: Proviantkolonne Nr. 3 des 2. Armeekorps. Fuhrparkkolonne Nr. 29 des 10. Nr. 270 des 17. Reservekorps und Nr. 3 der 103. Inf.-Div. Waggon-Fuhrparkkolonne Nr. 18 der Armeekorps-Abt. Wöhrsch, Nr. 58 der 12. Armee und Nr. 132. Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 152 der 11. Armee, Nr. 21X und 144. Etappen-Fuhrpark-Kolonne Nr. 15 VI der 10. Armee. Feldbäckereikolonne Nr. 65 der 77. Ref.-Div.

Munitionskolonnen: Feldart.-Munitionskolonne Nr. 3 der Landw.-Div. v. Bredow. Fuhrart.-Munitionskolonne Nr. 203 des 23. Reservekorps.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Komp. Nr. 111. Kriegs-lazarett-Abt. Nr. 58 des 11. und Feldlazarett Nr. 11 des 1. Armeekorps. Etappen-Sanitäts-Kraftwagen-Abt. Nr. 11 Freiwillige Krankenpflege.

Fortifikationen, Stollenbau- und Armierungs-Formationen: Kaiserl. Fortifikation Komur. Stollenbau-Kommando der 66. Inf.-Brig. Armierungs-Bataillone.

Kriegsbeleidigungsamt des 5. Armeekorps. Bezirkskommandos: I und VI Berlin, Brandenburg, Cüstrin. Weitere Verluste.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 237, deren Inhalt gestern mitgeteilt wurde, wird veröffentlicht.

Die württembergische Verlustliste Nr. 321 bringt Verluste des Inf.-Reg. Nr. 120; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 120; Inf.-Regiment Nr. 121, 124, 125, 126; Füs.-Reg. Nr. 122; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 247; Landw.-Feldart.-Reg. Nr. 2; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 26; 5. Feld-Pionier-Komp.; Feld-Pionier-Komp. Nr. 116; Fuhrparkkolonne Nr. 3; Verluste durch Krankheiten; Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Die württembergische Verlustliste Nr. 322 enthält Verluste des Inf.-Reg. Nr. 51; Gren.-Reg. Nr. 119; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 120; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 120; Inf.-Reg. Nr. 121; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 121; Landw.-Inf.-Regiment Nr. 121, 122, 126; Inf.-Regiment Nr. 124, 125, 126, 127; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 246, 248; Dragoner-Reg. Nr. 25; Feldart.-Reg. Nr. 65; Minenwerfer-Komp. Nr. 27 und Nr. 226; Verluste durch Krankheiten; Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Partieveranstaltungen.

Vorkriegs-Wätkenan. Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet die Weihnachtsfeier in den Vorkriegs-Wätkenan, Conradstr. 42, statt. Schöneberger Frauenchor. Die Weihnachtsfeierung des Chores findet Sonntag, den 19. Dezember, im Gesellschaftshaus, Hauptstr. 5, statt.

Jugendveranstaltungen.

Köpenick. Sonnabend, den 18. Dezember, abends 7 Uhr, findet im großen Saale des Stadttheaters (Rud. Otto) die diesjährige Weihnachtsfeier der „Arbeiter-Jugend“ statt. Dieselbe wird bestehen in Vorträgen, lebenden Bildern, Rezitationen, Theater und anderen Darbietungen. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf. Alle Eltern und Freunde der Arbeiterjugend sind hierzu eingeladen.

Märkische Spiel-Vereinigung, Bezirk Groß-Berlin.

Am Sonntag, den 19. Dezember, finden folgende Spiele statt: Richte 17 — R. B. G. Fritsch Drei — Legel — Weihenke. Kummrisburg. Richte IX — Richte I. Lichtberg — Fide, Köpenick. Fritsch Drei — Scharberg. Anhanggruppe: Reutlän — Adlershof. Richte IX — Weiten. Jahn — Richte XVII.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist Jordan das 12. Heft vom 1. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Ursachen der sozialistischen Krise. Von Heinrich Strödel — Bismarck und der Imperialismus. Von H. Rautsch. (Schluß) — Sozialdemokratie und Staat. Von Edmund Fischer. — Zeitschriften: Die Wacht im Krieg. Von G. G. (R.)

Briefkasten der Redaktion.

N. 26. In solchen Fällen ist frühzeitige Musterung schon oft erfolgt. — Wasserfaden 300. 1. In diesem Falle müßte wohl der Hauswirt für den Schaden haften, da der Schaden durch eine Einrichtung entstanden ist, die zur Hausverlängerung gehört. 2. Teilen Sie dem Biri durch eingeschriebenen Brief die Höhe Ihres Schadens mit und fragen Sie an, ob er zur Entschädigung bereit ist. 3. Da nach Ihrer Darstellung dem Vorlier kein Verschulden trifft, kann er dafür nicht haften. — L. N. 28. An die Steuerkasse in Rensburg. — M. G. 35. 1. Wenn der Mann seit längerem Jahren nicht für den Unterhalt gesorgt hat, ist der Anspruch zum mindesten zweifelhaft. 2. Ja, 3. Ja, wenn er angeben kann, daß die Frau ausreichendes Einkommen hat. 4. Ja. — Grundbuch 72. Die Frau hat selbstverständlich Anspruch auf die Lösung ihres in weisungsfähig befindlichen Ehemannes. Sie muß den Anspruch aber an das Erbstatut anknüpfen. — G. 27. Wenn Sie sich zurzeit nicht im Dienste befinden, so müssen Sie zunächst bei irgendeinem Truppenteil eintreten und dann dem Vorgesetzten Ihre Absicht mitteilen. — Schaumburg-Lippe. 1-2 u. 4. Die Defensionsbestimmungen dieses Landes sind nicht bekannt. Vielleicht wenden Sie sich an eine dortige Zeitung. 3. Ja. — G. G. 4. Genthiner Str. 34. Dieselbe G. m. b. H., Potsdamer Str. 39. — N. 13. Feld. Diese Waren sind dem freien Handel entzogen, daher sind und die derzeitigen Preise nicht bekannt. — M. G. 5. Kann nur auf Antrag Ihres Mannes bei seiner Truppe erfolgen. — M. N. P. 1. In preussische Provinz 2. Rein. — desjenigen Regiments eintreten, zu dem ihr Mann eingezogen wurde. — W. N. 15. Der Antrag ist unter Vorlegung der Aufrechnungsbescheinigungen und der letzten Quittungsurkunde bei dem Versicherungssamt, Klosterstraße 67, zu stellen. Kosten ermahnen dadurch nicht. — Mängeberger Strahe. Wenn sich der Hauswirt nicht unter schriftlich dazu verpflichtet hat, steht ihm das Recht zu einer solchen Handlung zu. Wir würden Ihnen aber empfehlen, den Hauswirt vor das Mietvereinigungsamt zu laden. —

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags. Ein wenig kälter, im Nordwesten veränderliche Bewölkung, in den meisten andern Gegenden ziemlich heiter; nirgends erhebliche Niederschläge.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Sektion der Zigarettenbranche.

Heute Freitag, den 17. Dezember 1915, in den Musker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

Das Ergebnis unserer Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband vor dem Eingangsamt, und unsere Stellungnahme.

Kolleginnen und Kollegen! In dieser überaus wichtigen Versammlung zu erscheinen ist die Pflicht aller in unserem Industriezweige beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die Branchenleitung.

Wichtig für Herren!

Wegen bevorst. Einberufung

gibt erste Herrenkleider-Fabrik

Ulster, Paletots, Anzüge, fertigt und nach Maß

jetzt auch im Einzelverkauf ab.

Verkaufzeit 10-8. Sonntag 12-8. Holkenmarkt 7-8, IV., Ecke Eltergasse. Fahrstuhl.

Nächste Ziehung schon 22. u. 23. Dezember 1915.

Rote + Lotterie

3667 Gewinne = Markwert.

100000

50000

10000

Los M. 3. Porto u. Liste 30 Pf. 5 Lose M. 15. — inkl. Porto u. Liste

Für M. 10 2 Rote + u. 2 Altonaer Lose inkl. Porto u. Listen.

H. C. Hahn's Wwe., Berlin S 14, Alexandrinenstr. 70.

Altonaer Lotterie

7369 Gew. i. Gesamtbetr. v. = M.

125000

25000

15000

Los M. 2. — Porto u. Liste 30 Pf. 5 Lose M. 10. — inkl. Porto u. L.

Für M. 10 2 Rote + u. 2 Altonaer Lose inkl. Porto u. Listen.

H. C. Hahn's Wwe., Berlin S 14, Alexandrinenstr. 70.



Denkt an uns sendet Galem Aleifum Galem Gold Zigaretten

Willkommenste Liebesgabe!

Preis N° 3 1/2 4 5 6 8 10

3 1/2 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck.

30 Stck. feldpostmässig verpackt portofrei!

50 Stck. feldpostmässig verpackt 10 Pf. Porto!

Orient-Tabaka-Cigaretten-Fabr. Yenidze Dresden

Inh. Hugo Zietz, Hoflieferant S.M.d. Königs v. Sachsen

Trustfrei!

Trotz des Krieges!

verkauft jetzt Engros-Geschäft zu enorm billigen Preisen

Herren- und Burschen-Winter-Ulster!

Serie I 28⁰⁰ Serie II 32⁰⁰ Serie III 38⁰⁰ sowie einzeln Maßstücke

Verkauf nur Freitag v. 10 Uhr mittl. bis 7 Uhr abends, Sonnabend von 10 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends, Sonntag 8 bis 10 Uhr, 12 bis 8 Uhr.

G. Lachotzki, Königstr. 46, 3 Tr., im Hause von Belmonte, Goldwargengeschäft.

Mechaniker-Kittel + Schlosser-Anzüge

kaufen Sie am besten und billigsten in dem größten Spezialgeschäft von

Kohnen & Jöring, Arbeits- und Berufs-Kleidung

Alexanderstraße 12, Rosenthaler Straße 53, Landsberger Allee 148, Neukölln, Bergstr. 66.

(Inhaber im Felde.)

Von Kavaliere wenig getragene sowie im Vorsatz gewesene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots u. Ulster, 12, 15, 18, 20, 25 bis 36 M., Prima. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarde enorm billig. Riesenposten Kostüme, Ulster und Plüschmäntel, auf Seide, enorm billig. Große Posten Pelzstoffs in Skunks, Marder, Nerz usw., außerordentlich billig. Große Auswahl in Herren-Gehelpen, Damen-, Reise- und Wagen-Pelzen. Extraangebot in Lombard gewasener Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen. — „Vorwärts“-Loser erhalten 10 Proz. extra

Central-Haus Jägerstr. 13 I.

Cone. Lelthaus

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Bischoff, Reutlän. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Bornwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.